

Universität Koblenz-Landau  
Institut für Umweltwissenschaften  
Wintersemester 2006/2007  
Betreuer: Dr. Thomas Göllinger

## **Fallstudie Umweltmanagement**

### Nachhaltige Beschaffung in Baden-Württemberg - Ergebnisse einer Umfrage unter großen Kreisstädten und Stadtkreisen

vorgelegt von Nicole Seidl

August 2007

In Zusammenarbeit mit dem Agendabüro der Landesanstalt für Umwelt,  
Messungen und Naturschutz in Karlsruhe

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>5</b>
1.1	VOM UMWELTGIPFEL IN RIO DE JANEIRO ZUR NACHHALTIGEN BESCHAFFUNG .....	5
1.2	NACHHALTIGE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG IN EUROPA .....	8
1.3	NACHHALTIGE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG IN DEUTSCHLAND.....	9
1.4	ZUR UNTERSUCHUNG „NACHHALTIGE BESCHAFFUNG IN BADEN- WÜRTTEMBERG: ERGEBNISSE EINER UMFRAGE UNTER GROßEN KREISSTÄDTEN UND STADTKREISEN“ .....	12
<b>2</b>	<b>MATERIAL UND METHODEN .....</b>	<b>13</b>
2.1	ZIELGRUPPE DER BEFRAGUNG.....	13
2.2	FRAGEBOGENDESIGN.....	14
2.3	DURCHFÜHRUNG DER BEFRAGUNG .....	16
2.4	DATENEINGABE IN EXCEL .....	17
2.5	AUSWERTUNG DER ARGUMENTE.....	17
<b>3</b>	<b>ERGEBNISSE .....</b>	<b>18</b>
3.1	RÜCKLAUFQUOTE.....	18
3.2	FRAGE 2: ANTEIL AN KOMMUNEN MIT NACHHALTIGEM BESCHAFFUNGSWESEN .....	19
3.3	FRAGE 1: PRODUKTGRUPPEN NACHHALTIGER BESCHAFFUNG IN KOMMUNEN BADEN-WÜRTTEMBERGS .....	21
3.3.1	<i>Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ .....</i>	<i>23</i>
3.3.2	<i>Produktgruppe „Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“ .....</i>	<i>24</i>
3.3.3	<i>Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“ .....</i>	<i>25</i>
3.3.4	<i>Produktgruppe „Strom“ .....</i>	<i>27</i>
3.3.5	<i>Produktgruppe „Reinigung“ .....</i>	<i>28</i>
3.3.6	<i>Produktgruppe „Lebensmittel“ .....</i>	<i>29</i>
3.3.7	<i>Produktgruppe „Mobilität und Fuhrpark“ .....</i>	<i>31</i>
3.3.8	<i>Produktgruppe „Bekleidung und Textilien“ .....</i>	<i>33</i>
3.4	FRAGE 2: BEISPIELE VERBINDLICHER VORGABEN.....	35
3.5	FRAGE 3: KRITERIENLISTEN EINER NACHHALTIGEN BESCHAFFUNG.....	37
3.6	FRAGE 4: INTERKOMMUNALE EINKAUFSGEMEINSCHAFTEN .....	37

<b>4</b>	<b>AUSGEWÄHLTE FALLBEISPIELE NACHHALTIGER BESCHAFFUNG IN KOMMUNEN BADEN-WÜRTTEMBERGS.....</b>	<b>39</b>
4.1	RECYCLINGPAPIERVERWENDUNG IN STUTTGART.....	39
4.2	UMWELTFREUNDLICHE REINIGUNG IN TÜBINGEN .....	39
4.3	ENERGIESTADT LÖRRACH .....	40
4.4	FAIRER HANDEL IN RHEINSTETTEN .....	41
4.5	INTERKOMMUNALE EINKAUFSGEMEINSCHAFT MIT TÜBINGEN.....	42
<b>5</b>	<b>DISKUSSION .....</b>	<b>42</b>
5.1	RÜCKLAUFQUOTE VON KNAPP 33 %.....	42
5.2	ZU DEN PRODUKTGRUPPEN EINER NACHHALTIGEN BESCHAFFUNG .....	44
5.2.1	<i>Der Blaue Engel - der „Engel“ unter den Büromaterialien.....</i>	<i>44</i>
5.2.2	<i>Energieeffizienz bei elektrischen Büro- und Haushaltsgeräten .....</i>	<i>45</i>
5.2.3	<i>Einsatz regenerativer Energieträger und energieeffiziente Technik beim Bauen.....</i>	<i>46</i>
5.2.4	<i>Energie durch Ökostrom .....</i>	<i>46</i>
5.2.5	<i>Mindeststandard umweltfreundlicher Reinigung .....</i>	<i>47</i>
5.2.6	<i>Faire und regionale Lebensmittel auf dem Vormarsch.....</i>	<i>48</i>
5.2.7	<i>ÖPNV ist eine gute Sache.....</i>	<i>50</i>
5.2.8	<i>Wenig Erfahrung bei fairer Bekleidung und Textilien.....</i>	<i>50</i>
5.3	VERBINDLICHE VORGABEN.....	51
5.4	KRITERIENLISTEN.....	52
5.5	EINSPARUNGEN DURCH INTERKOMMUNALE EINKAUFSGEMEINSCHAFTEN..	53
5.6	SCHLUSSFOLGERUNG UND AUSBLICK .....	53
<b>6</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>58</b>
<b>7</b>	<b>QUELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>60</b>
<b>8</b>	<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>65</b>
<b>9</b>	<b>TABELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>66</b>
<b>10</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>67</b>
10.1	FRAGEBOGEN .....	67
10.2	ROHDATEN .....	68

## Abkürzungsverzeichnis

BHKW	Blockheizkraftwerk
CCC	Clean Clothes Campaign
DENA	Deutsche Energie-Agentur
DIN	Deutsches Institut für Normung
EPE	European Partners for the Environment
E-Procurement	Elektronische Beschaffung
EU	Europäische Union
FLO	Fairtrade Labelling Organisations
FSC	Forest Stewardship Council
GED	Gemeinschaft Energielabel Deutschland
GKS	Große Kreisstädte
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
ICLEI	Local Governments for Sustainability
IE	Interkommunale Einkaufsgemeinschaften
ILO	International Labour Organisation
INTERREG	Interregional Development and Cooperation
IPP	Integrierte Produktpolitik
kWh	Kilowattstunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LUBW	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PEFC	Programme for Endorsement of Forest Certification Schemes
SK	Stadtkreise
UBA	Umweltbundesamt
UN	United Nations
UNEP	United Nations Environment Programm
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen

# 1 Einleitung

## 1.1 *Vom Umweltgipfel in Rio de Janeiro zur nachhaltigen Beschaffung*

Während der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde deutlich, dass der Hauptgrund für die allmähliche Verschlechterung der globalen Umwelt in den nicht nachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmustern der Industrieländer liegt. Aufgrund des demographischen Wandels und der zunehmenden Industrialisierung der Entwicklungsländer, wird ein weltweiter Anstieg des Energie- und Ressourcenverbrauch vorhergesagt. Um die ökologischen Rahmenbedingungen menschlicher Existenz und Wirtschaftens zu erhalten, sind wir aufgerufen, mit den begrenzten Ressourcen auf der Erde durch vorsorgenden integrierten Umweltschutz und entsprechendem Umweltverhalten nachhaltiger umzugehen. Die UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung stellte einen allgemeinen Wendepunkt der Sichtweise von Umweltproblemen dar. Denn seitdem haben zahlreiche Organisationen, Studien und Regierungen das Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft unter dem Aspekt der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension diskutiert und versucht, es anhand von Indikatoren zu beschreiben und zu konkretisieren (BMLFUW, 07.2005). Die Agenda 21 als richtungsweisendes Instrument fordert die Änderung der Konsum- und Produktionsgewohnheiten im Sinne eines ökologisch nachhaltigen Wachstums. Die nachhaltige öffentliche Beschaffung stellt in diesem Sinne ein umweltpolitisches Instrument dar, mit dem der Staat einen nachhaltigen Konsum und Produktion fördern kann.

Die Beschaffung selbst bildet den Kernbereich des Versorgungsmanagements und umfasst sämtliche unternehmens- oder marktbezogene Tätigkeiten, die einem Unternehmen die benötigten Objekte für den Leistungserstellungsprozess verfügbar machen. Ziele der Beschaffung sind die sichere und kostengünstigere Versorgung sowie die Qualitäts- und Leistungssteigerung in der Produktion (Arnold 1997, S.3ff.). Da sie in hohem Maße von der Qualität und den Reserven der Umweltgüter abhängt, ist sie stark mit der Funktion der Umwelt als Lieferanten von Ressourcen verbunden. Nachhaltiges Beschaffen wird somit definiert als der „Leitbegriff für die dem Beschaffungsvorgang vorausgehende umweltorientierte Prüfung der spezifischen Einsatzstoffe und Produktionsprozesse sowie der umweltbezogenen Gebrauchseigenschaften“ (Rothgang 1991, S.191). Dabei werden innerhalb einer

Lebenszyklusbetrachtung z. B. die stoffliche Zusammensetzung, die Lebensdauer, die Umweltauswirkungen beim Gebrauch und Abfalleigenschaften eines Produktes betrachtet. Allerdings muss an diesem Punkt erwähnt werden, dass der heutige Begriff der nachhaltigen Beschaffung nicht nur mit der umweltfreundlichen Beschaffung gleichzusetzen ist (vgl. vorangegangene Definition), sondern auch die soziale Komponente mit einschließt. D.h. unter einer nachhaltigen Beschaffung versteht man nicht nur die für den Beschaffungsvorgang vorausgehende umweltorientierte Prüfung der spezifischen Einsatzstoffe und Produktionsprozesse sowie der umweltbezogenen Gebrauchseigenschaften, sondern auch die Berücksichtigung einer sozialgerechten Vorgehensweise im Sinne einer fairen Beschaffung und unter Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit.

So forderte 1992 „die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ die Erarbeitung eines grundlegenden ethischen Leitbildes, das eine ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung für alle Menschen und der Umwelt vorsieht. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Einhaltung von weltweit gültigen sozialen und ökologischen Arbeitsschutz-Mindeststandards wie z.B. gerechte Entlohnung und Überstundenregelungen, Forderung eines Mindestalters sowie das Recht auf gewerkschaftliche und andere Zusammenschlüsse usw. In der Agenda 21 wurden insbesondere Kommunen aufgefordert, sich für eine weltweite nachhaltige Entwicklung einzusetzen und auf kommunaler Ebene entsprechende Maßnahmen zu ergreifen (Wikipedia, 09.06.07).

Mit Hilfe verschiedener umweltpolitischer Instrumente ist es dem Staat möglich die Aktivitäten von Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung zu beeinflussen. Die nachhaltige Beschaffung als ein umweltpolitisches Instrument lässt sich folgendermaßen einordnen (vgl. Abbildung 1.1).

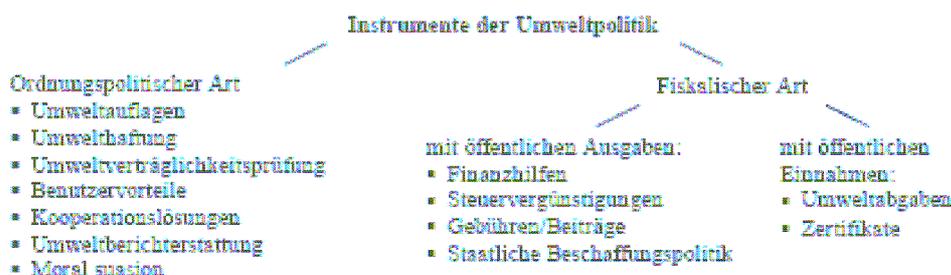


Abbildung 1.1 Nachhaltige Beschaffung als umweltpolitisches Instrument (Günther et al., 1994 S.39)

Die Instrumente der Umweltpolitik sind in ordnungspolitischer und fiskalischer Art aufgeteilt. Die nachhaltige öffentliche Beschaffung ist ein fiskalisches Instrument, da sie direkt mit öffentlichen Aufgaben verbunden ist. Allerdings ersetzt sie nicht andere politische Steuerungsformen, sondern steht im Kontext mit anderen Umweltpolitiken, die sie entweder selbst beeinflusst oder von deren Instrumenten beeinflusst wird (Barth et al. 2005, S.4).

Innerhalb der öffentlichen Verwaltung sind Akteure der nachhaltigen Beschaffung Mitarbeiter in der Beschaffungsstelle, im Umwelt- und Finanzbereich sowie Nutzer von beschafften Produkten und Dienstleistungen (vgl. Abbildung 1.2). Jeder dieser Bereiche beinhaltet eine operative Ebene, den Spezialisten, und eine strategische Ebene, den Bereichsleitern bzw. den Politikvertretern. Auf der strategischen Ebene können insbesondere politische Entscheidungsträger wie z. B. Bürgermeister den Beschaffungsprozess beeinflussen (Barth et al. 2005, S.153f. ).

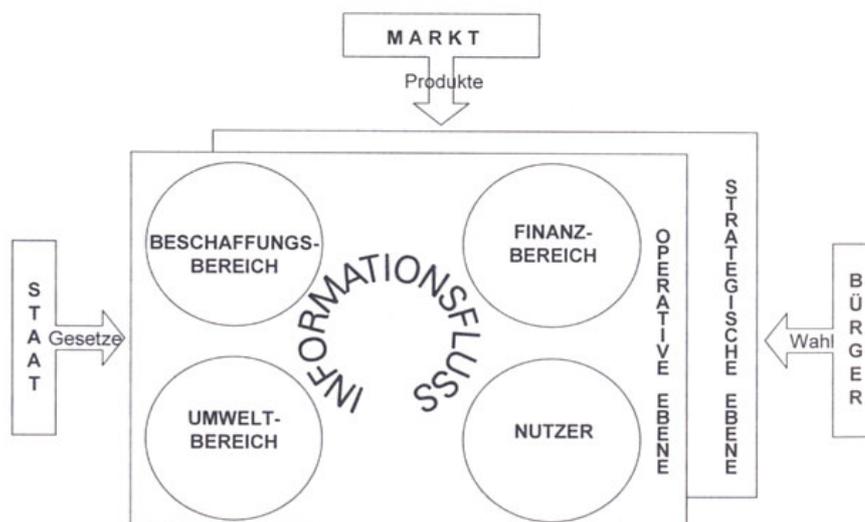


Abb. 8.4. Akteure umweltfreundlicher Beschaffung

Abbildung 1.2 Akteure umweltfreundlicher Beschaffung (Barth et al. 2005, S.154)

Zwischen diesen Akteuren findet ein Informationsaustausch statt. Dabei kann der Staat von außen durch die Verabschiedung von rechtlichen Regelungen wie z. B. den Vergaberichtlinien Einfluss ausüben. Zum anderen bieten Unternehmen auf dem Markt umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen an. Aber auch die Bürger können durch ihre Einstellungen zur Umwelt die Entscheidungen zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung beeinflussen (Barth et al. 2005, S.154).

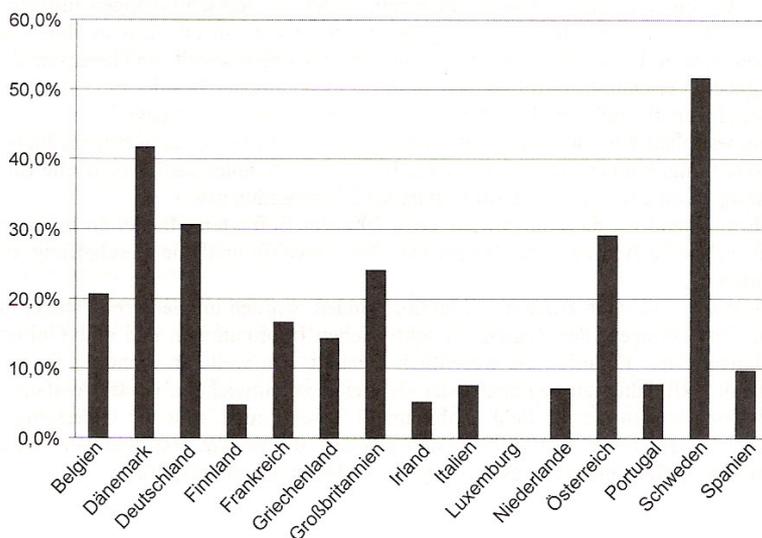
## **1.2 Nachhaltige öffentliche Beschaffung in Europa**

Mit dem Buch „Das öffentliche Auftragswesen in der Europäischen Union“ begann 1996 in der europäischen Kommission die Diskussion über die Zukunft des öffentlichen Vergabewesens in der EU. So wurde im Dezember 1997 in Kooperation mit dem Europäischen Partner für die Umwelt (EPE) und dem Internationalen Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) das Europäische Netzwerk zur umweltfreundlichen Beschaffung gegründet. Als Instrument zur Umsetzung der „Integrierten Produktpolitik“ (IPP) sollen durch Informations- und Erfahrungsaustausch, Unternehmen und Kommunen in dem Prozess der ökologischen Beschaffung unterstützt werden (Check it! 2001, S.9f.).

Im 6. Umweltaktionsprogramm der EU im Juli 2002 unterstrich man zudem die Bedeutung der öffentlichen Beschaffung zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei ging es vorrangig um bessere Information der Verbraucher, Unternehmer und öffentlichen Stellen über mögliche Umweltauswirkungen von Verfahren und Produkten durch ihren Verbrauch. Und das ist auch nötig, denn auf europäischer Ebene zeigt sich, dass staatliche Stellen wichtige Verbraucher darstellen, da sie etwa zwischen elf und 16 % des Bruttoinlandproduktes der EU ausgeben. Durch vermehrtes Angebot von umweltgerechten und fairen Waren kann ein erheblicher Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet werden (Barth et al. 2005, S.2ff). Ein Beispiel wäre der Bezug von Ökostrom durch staatliche Stellen: Laut einer Studie mit dem Titel „Relief“ in Kooperation mit der Europäischen Kommission kam man zu dem Ergebnis, dass 60 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden könnten, wenn alle staatlichen Stellen in der EU auf Ökostrom umstellen würden. Dies entspricht 18 % der Verpflichtung des Kyoto-Protokolls zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Europäische Kommission 2005, S.5).

Nachhaltige Beschaffung ist heute in verschiedenen Politiken der EU wie z. B. im Umweltmanagementsystem, in der EU-Chemikalienverordnung und im EU-Handbuch von 2004 verankert. Allerdings hat man es in der Vergangenheit versäumt, die zunehmende Bedeutung des öffentlichen Beschaffungswesens auf europäischer Ebene empirisch festzuhalten. Um solche Effekte besser analysieren zu können, wurde im Jahr 2003 versucht, einige dieser Informationslücken im Rahmen eines Forschungsprojektes des „Europasekretariates des Internationalen Rates für kommunale Umweltinitiativen“ zu schließen (Barth et al. 2005, S.23ff.).

Ziel der Befragung war es, ein Bild davon zu bekommen, welche Verbreitung die nachhaltige Beschaffung unter öffentlichen Verwaltungen in Europa findet. Obwohl die Rücklaufquote unter den 15 Mitgliedsstaaten zwischen zwei und 50 % erheblich variierte, und daher nicht von einem repräsentativen Ergebnis gesprochen werden konnte, wurde deutlich, dass ein großer Zuspruch zur nachhaltigen Beschaffung vor allem in Schweden und Dänemark besteht (vgl. Abbildung 1.3).



**Abbildung 1.3 Anteil an Kommunen in Europa, die Umweltkriterien für mehr als 50 % ihrer Käufe anwenden (Quelle: Barth et al. 2005, S.27)**

Über dem europäischen Durchschnitt von 19 % liegen Deutschland, Österreich und Großbritannien. Bezogen auf die regionale Verteilung wird ebenfalls deutlich, dass nachhaltige Beschaffung in nordeuropäischen Ländern verbreiteter ist als in der Mittelmeerregion (Barth et al. 2005, S.23 ff.).

### **1.3 Nachhaltige öffentliche Beschaffung in Deutschland**

Seit Beginn der achtziger Jahre ist die nachhaltige öffentliche Beschaffung ein Thema in Deutschland. Allerdings beschränkte sich diese bis zum Jahre 2002 nur auf den ökologischen und ökonomischen Bereich: So wurde im Jahre 1996 mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in allen Bundeseinrichtungen vorgeschrieben, Produkte zu bevorzugen, die Abfall vermeiden und vermindern, wiederverwertbar sind oder über eine längere Lebensdauer verfügen. Im Anschluss erfolgte von einigen Bundesländern, wie z. B. Sachsen-Anhalt, eine explizite Aufnahme des

Umweltschutzes in die Gesetzgebung als Leitprinzip für die Beschaffung der Landesinstitutionen und Gemeinden. Ergänzt wurden diese Rechtsvorschriften durch Richtlinien, die Verwaltungsbeamten die Berücksichtigung von ökologischen Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe vorschreiben und Anleitungen für die Praxis geben (OECD 2001, S.63).

Vor allem durch die Tätigkeiten des Umweltbundesamtes, wie z. B. die Entwicklung des ersten staatlichen Umweltzeichens Europas „Der Blaue Engel“ und der Ausgabe des „Handbuches Umweltfreundliche Beschaffung“, förderte man die nachhaltige staatliche Beschaffungspolitik als umweltpolitisches Instrument. (Barth et al. 2005, S.6).

Im Jahre 2002 erfolgte schließlich die Ausdehnung der kommunalen nachhaltigen Beschaffung auf den sozialen Bereich. Ausschlaggebend dafür war die Unterzeichnung der ILO Konvention 182 durch die Bundesrepublik Deutschland im gleichen Jahr. Ziel dieser im Jahre 1999 durch die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen verabschiedete Konvention ist es, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu verbieten und unverzügliche Maßnahmen einzuleiten. Bisher wurde die Konvention, neben Deutschland, von 163 Ländern unterzeichnet. Im Rahmen der von EarthLink und München initiierten Kampagne gegen ausbeuterische Kinderarbeit wurde ein bundesweites Netzwerk mit lokalen Akteuren aufgebaut, die sich dazu verpflichten, die Aktivitäten durch Aufklärungsarbeit zu unterstützen und auf einen kommunalen Beschluss gegen die Beschaffung von ausbeuterischer Kinderarbeit hinzuarbeiten. Inzwischen haben 97 Städte, Kommunen und Kreise Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit verfasst ([www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de); Stand vom 19.07.2007).

Städte und Gemeinden stellen somit kaufkräftige Nachfrager dar, die viele Möglichkeiten haben, Märkte zu verändern und einer Umweltentlastung beizusteuern. Das kommunale Beschaffungswesen kann somit durch den Kauf von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen einen erheblichen Beitrag für eine zukünftige nachhaltige Entwicklung leisten. Auch als Motor für Innovationen in zahlreichen Produkt- und Dienstleistungsbereichen, spielen Städte eine wichtige Rolle. Durch die Nutzung langlebiger und energieeffizienter Produkte und durch Einbau einer verstärkten Berücksichtigung des ökologischen Lebenszyklusdenkens, kann die Umweltbilanz verbessert werden. Vor allem bei der Energieversorgung, der Steigerung der Energieeffizienz und beim Verkehr sind gerade die Städte und

Gemeinden diejenigen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können (agenda-transfer 2007, S.3). Denn Kommunalverwaltungen bedienen sich einer besonderen Rolle in der Gesellschaft: Unter entsprechender Anleitung können sie eine äußerst effektive und treibende Kraft darstellen und somit die Konsumgewohnheiten der Gesellschaft nachhaltiger gestalten (Check it! 2001, S.4).

Da Kommunalverwaltungen einen direkten Draht zum Bürger haben, können sie diese Interessengruppe am besten erreichen, positiv beeinflussen und somit dem Markt ein klares Signal über die Richtungen geben, in die sich Konsum und Produktion entwickeln sollen. Zudem sind sie anpassungsfähiger und flexibler als Nationalregierungen, da sie eher bereit sind, Neuerungen durchzuführen.

Dass jedoch das bestehende Potential für eine nachhaltige kommunale Beschaffung derzeit noch lange nicht ausgeschöpft ist, zeigt der Blick in die Praxis. So scheint bei einigen Kommunen der Einkauf nachhaltiger Produkte schlichtweg zu teuer, bei den anderen scheitert es an dem mangelnden Erkenntnisstandes bzgl. des Vergaberechts (agenda-transfer 2007, S.4).

Seit einigen Jahren zeigt sich jedoch, dass immer mehr Städte und Gemeinden die ersten Hürden überwunden haben und nun von den Vorteilen einer nachhaltigen Beschaffung profitieren. Schon jetzt tragen nicht wenige Kommunen in Deutschland wie z. B. Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und München durch den Bezug von Ökostrom, energieeffizienten Bürogeräten sowie nachhaltig und fair produzierten Lebensmitteln zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Oft spielt hier auch der Aspekt der angespannten Haushaltslage der Kommunen eine große Rolle. So senkt der Einsatz energieeffizienter Geräte die Stromkosten und technische Modernisierungen reduzieren den Wasserverbrauch und die Heizkosten (agenda-transfer 2007, S.4).

Mit der nachhaltigen Beschaffung beschäftigt sich auch die nachfolgende Untersuchung.

## **1.4 Zur Untersuchung „Nachhaltige Beschaffung in Baden-Württemberg: Ergebnisse einer Umfrage unter großen Kreisstädten und Stadtkreisen“**

Während meines Praktikums im Herbst 2006 an der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz in Karlsruhe (LUBW) im Referat 21 „Grundsatz, Forschung und Nachhaltigkeit“ ergab sich die Möglichkeit, die gute Zusammenarbeit mit den Kollegen im Rahmen einer studienbegleitenden Fallstudie auszudehnen. Dabei wurde zusammen mit dem Agenda-Beauftragten Gerd Oelsner und dem Umweltbeauftragten Daniel Hogenmüller ein Fragenkonzept zum nachhaltigen Beschaffungswesen für große Kreisstädte (GKS) und Stadtkreise (SK) Baden-Württembergs erarbeitet.

Ziel dieser Befragung war es, Informationen von Kommunen Baden-Württembergs über das nachhaltige Beschaffungswesen in Form von Erfahrungsberichten, Kriterienkatalogen und verbindlichen Vorgaben zu sammeln, um besonders gut gelungene Beispiele im Internetportal der LUBW zu veröffentlichen. Dieses Internetportal soll in absehbarer Zukunft Kommunen als interkommunale Informations-, Austausch- und Motivationsplattform dienen und somit das Know-How für das nachhaltige Beschaffungswesen in öffentlichen Einrichtungen weiter ausbauen.

Darüber hinaus sollte mit Hilfe dieses Fragebogens ein grober Ist-Zustand bzgl. der Anwendung des nachhaltigen Beschaffungswesens von Kommunen auf verschiedenen Produktgruppen abgefragt werden.

Damit verknüpft waren folgende Fragestellungen:

- Welche Kommunen Baden-Württembergs beschaffen im Rahmen eines städtischen Beschaffungswesens nachhaltige Produkte und können dafür verbindliche Vorgaben in Form von Gemeinderatsbeschlüssen, Dienstanweisung oder sonstige Beschlüsse vorweisen?
- In welchen der vorgegebenen acht Produktgruppen beschaffen die Kommunen nachhaltig?
- Welche konkreten Beispiele zu den einzelnen Produktgruppen werden von den Kommunen genannt?
- Kommen bei den Kommunen Kriterienlisten und interkommunale Einkaufsgemeinschaften für die nachhaltige Beschaffung zum Einsatz?

Im Folgenden wird zunächst die Zielgruppe der Befragung, die Konzeption des Fragebogens, sowie die Auswertungsmethoden der Daten erläutert. Anschließend werden die Ergebnisse sowohl schriftlich als auch graphisch dargestellt und diskutiert. Die wichtigsten Ergebnisse werden in der Zusammenfassung im Anschluss nochmals vorgestellt.

## **2 Material und Methoden**

### ***2.1 Zielgruppe der Befragung***

Da die LUBW als Landesinstitution dem Umweltministerium in Stuttgart direkt unterstellt ist, beschränkte sich die Befragung auf Kommunen innerhalb des Bundeslandes Baden-Württemberg, und zwar auf große Kreisstädte (GKS) und Stadtkreise (SK). Die Einwohnerzahl der Kommunen liegt zwischen 20.000 und 600.000 und deckt somit ein breites Spektrum von Kommunen unterschiedlicher Einwohnergröße ab.

In Baden-Württemberg gibt es 89 GKS und neun Stadtkreise SK. Die Einwohnerzahl der Kommunen wurde mit Hilfe des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und der freien Enzyklopädie Wikipedia ermittelt und anschließend zur besseren Übersicht und Auswertung in fünf Einwohnergruppen eingeteilt (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 29.04.2007 & Wikipedia 11.05.2007):

Einwohnergruppe A 20.000 – 39.000 Einwohner (GKS):	58
Einwohnergruppe B 40.000 – 59.999 Einwohner (GKS):	22
Einwohnergruppe C 60.000 – 79.999 Einwohner (GKS):	4
Einwohnergruppe D 80.000 – 99.999 Einwohner (GKS):	5
Einwohnergruppe E ab 100.000 Einwohner (SK):	9

Die physische Karte in Abbildung 2.1 gibt einen Überblick über die geographische Lage GKS und SK. Die rot umringelten Kreise heben die neun Stadtkreise hervor.

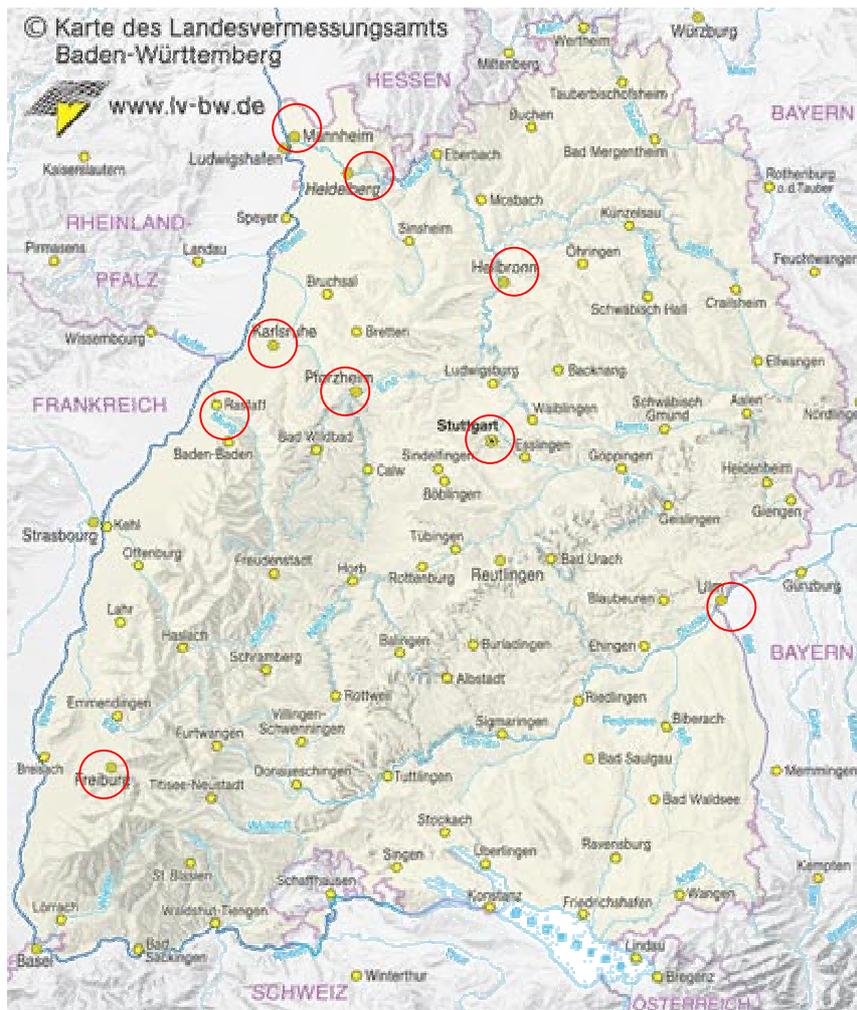


Abbildung 2.1 Baden-Württemberg mit großen Kreisstädten und Stadtkreisen  
(Quelle: Baden-Württemberg International, 04.2007)

## 2.2 Fragebogendesign

In Zusammenarbeit mit der LUBW wurde ein sehr kurzer Fragebogen von einer DIN-A-4-Seite entworfen (vgl. Anhang 10.1). Aufgrund der zunehmenden Personalauslastung durch Stellenabbau und den damit verbundenen Zeitmangel für Verwaltungsangestellte, sollte ein schnelles Ausfüllen des Fragebogens von maximal zehn Minuten gewährleistet werden. Der Fragebogen wurde zum einen Teil mittels Multiple-Choice-Aussagen im Form von „Ja“- oder „Nein“-Antworten angefertigt. Zum anderen Teil sollte im Falle einer positiven Antwort konkrete Beispiele von den Kommunen genannt werden.

Der Fragebogen umfasste sechs Fragen. Und zwar wurde der Befragte in der ersten Frage dazu aufgefordert, zutreffende Produktgruppen eines nachhaltigen

Beschaffungswesens anzukreuzen. Hierfür standen acht Produktgruppen zur Verfügung:

- Büromaterial und Papier
- Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte
- Bauen und Gebäudetechnik
- Strom
- Reinigung
- Lebensmittel
- Mobilität und Fuhrpark
- Bekleidung und Textilien

Hierbei handelt es sich um die wichtigsten und gängigsten Beschaffungsbereiche einer nachhaltigen Beschaffung, wobei die Produktgruppe „Bekleidung und Textilien“ erst seit dem Stadtratbeschluss von München 2002 gegen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zunehmend eine Rolle in der kommunalen nachhaltigen Beschaffung spielt. Darüber hinaus erfolgte die Auswahl der Produktgruppen in Anlehnung an die Broschüre „Mehr Umwelt fürs gleiche Geld“ des Umweltministeriums Baden-Württemberg.

Jedes dieser Produktgruppen soll, falls angekreuzt, mit konkreten Beispielen benannt werden.

Die zweite Frage beschäftigte sich mit der Anwendung verbindlicher Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung. Hier waren die Antworten „ja“ und „nein“ anzukreuzen, falls bei einer Kommune verbindliche Vorgaben vorlagen oder nicht. Bei einer positiven Antwort sollten konkrete Beispiele aufgeführt und wenn möglich als postalischen oder digitalen Anhang für die „Best-Practice-Sammlung“ der LUBW zur Verfügung gestellt werden. Zudem diente der Anhang dazu, die Verbindlichkeit der Vorlagen zu bestätigen.

Die dritte und vierte Frage beschäftigte sich mit dem Einsatz von Kriterienlisten und interkommunalen Einkaufsgemeinschaften. Auch hier konnte man entweder mit „ja“ oder „nein“ antworten, wenn diese in einer Kommune zum Einsatz kamen. Bei einer positiven Antwort sollten wieder jeweils konkrete Beispiele aufgeführt werden (vgl. Anhang 10.1).

Die fünfte Frage wurde auf Veranlassung der LUBW als „Zusatzfrage“ in den Befragungsbogen mit eingebaut und sollte den Einsatz von Umweltprüflisten oder Nachhaltigkeitschecks in Kommunen erfragen. Da diese ein Baustein des

kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements bilden und daher weniger in Verbindung mit der nachhaltigen Beschaffung gebracht werden, sind sie nicht Gegenstand der Betrachtung und werden daher in dieser Studie nicht weiter berücksichtigt.

Die sechste und letzte Frage diente ebenfalls als Zusatzinformation. So wurde um die Angabe persönlicher Daten, wie z. B. der Name der zuständigen Kommune, der jeweilige Ansprechpartner mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse für mögliche Rückfragen gebeten (vgl. Anhang 10.1).

### **2.3 Durchführung der Befragung**

Der Fragebogen wurde zusammen mit einem Rundschreiben per E-Mail am 22. Januar 2007 an die Agenda-Beauftragten mit der Bitte um Rückantwort bis 22. Februar 2007 zugeschickt. Die Kontaktdaten der Agenda-Beauftragten GKS und SK standen in Form einer Excel-Tabelle der LUBW zur Verfügung.

Das Agendabüro der LUWB unterstützte die Befragungsaktion mit einem Mitgliederrundbrief, der allerdings erst nach dem Befragungszeitraum im März 2007 zur Erhöhung der Rücklaufquote versendet wurde. Zusätzlich fanden einzelne telefonische Befragungen von Kommunen statt, wenn entweder eine Rückmeldung zu erwarten gewesen wäre (z. B. bei einigen Stadtkreisen), E-Mail-Adressen nicht korrekt waren oder eventuelle Unklarheiten im Rahmen der ausgefüllten Fragebögen auftauchten. Allerdings stellte sich diese verbleibende Möglichkeit als schwierig heraus, da geeignete Ansprechpartner für eine nachhaltige Beschaffung aufgrund dezentraler Strukturen nicht immer auffindig gemacht werden konnten oder Umwelt- bzw. Agenda-Beauftragte aufgrund von auswärtigen Terminen schwer zu erreichen waren. Die Durchführung der Befragung wurde im Vorfeld mit dem Städtetag abgestimmt.

Insgesamt wurde der Fragebogen an 98 Gemeinden, darunter neun Stadtkreise und 89 große Kreisstädte versendet.

## **2.4 Dateneingabe in Excel**

Die erhobenen Daten wurden zur besseren Übersicht in eine einfache Excel-Tabelle eingetragen (vgl. Anhang 10.2 Tabelle 1). Auf vertikaler Ebene erfolgte eine Auflistung der 98 Gemeinden von A bis Z, auf horizontaler Ebene befanden sich Informationen zu den verbindlichen Vorgaben, den acht Produktgruppen, Kriterienlisten, interkommunale Einkaufsgemeinschaften, Nachhaltigkeitschecks und Angaben zu Rückmeldungen. Bei Erhalt eines Fragebogens wurde bei der zutreffenden Produktgruppe ein „x“ vermerkt, wenn nachhaltige Beschaffungskriterien bei den Kommunen zur Anwendung kamen. Alle Fragen von 2 bis 5, die mit einem „ja“ beantwortet werden konnten, wurden ebenfalls als „x“ in der Excel-Liste eingetragen (vgl. Anhang 10.2 Tabelle 1).

Die Ergebnisse der Übersichtstabelle wurden während der Auswertungsphase zur detaillierteren Betrachtung in vier weitere Excel-Tabellen überführt:

So erfolgte in der ersten Tabelle die numerische und prozentuale Darstellung der Rücklaufquote pro Gemeindegruppe (vgl. Abbildung 10.2 Tabelle 2). Das Gleiche geschah in einer zweiten Tabelle mit der Anzahl an Kommunen mit verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung (vgl. Abbildung 10.2 Tabelle 3).

In der dritten Tabelle wurden die von den Kommunen genannten Beispiele pro Produktgruppe in eine Obergruppe zusammengefasst und bei mehrmaliger Nennung aufsummiert (vgl. Abbildung 10.2 Tabelle 4). In der vierten Tabelle erfolgte die Darstellung der Ergebnisse für die Kriterienlisten und Interkommunalen Einkaufsgemeinschaften (vgl. 10.2 Tabelle 5).

## **2.5 Auswertung der Argumente**

Die Auswertung der Umfrage geschah auf vier Ebenen: Zunächst wurden allgemeine Angaben, wie z. B. die Einwohnerzahl der Kommunen ermittelt und in fünf Einwohnergruppen eingeteilt (vgl. Abschnitt 2.1). Mit Hilfe dieser Information erfolgte die Auswertung für die Rücklaufquote und die Anzahl der Kommunen mit verbindlichen Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung (vgl. Abschnitt 3.1 und Abschnitt 3.2). Auf der dritten Ebene fasste man die von den Kommunen genannten Beispiele der acht Produktgruppen und interkommunalen Einkaufsgemeinschaften zu Obergruppen zusammen. Im Anschluss erfolgte zu jeder Produktgruppe (außer der Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“) eine graphische Darstellung (vgl. Abschnitt 3.3). Auf der vierten Ebene wurden die Beispiele zu verbindlichen

Vorgaben der nachhaltigen Beschaffung und Kriterienkataloge tabellarisch aufgeführt (vgl. Abschnitte 3.4 & 3.5).

### 3 Ergebnisse

#### 3.1 Rücklaufquote

Die Struktur der Grundgesamtheit wurde bereits im Abschnitt 2.1 dargestellt. Insgesamt haben sich 32 Kommunen (32,65 %) per E-Mail, Post oder Telefonat an der Befragung beteiligt. Zwölf Kommunen lassen sich der Einwohnergruppe A, elf Kommunen der Einwohnergruppe B, eine Kommune der Einwohnergruppe C, zwei Kommunen der Einwohnergruppe D und sechs Kommunen der Einwohnergruppe E zuordnen (vgl. Tabelle 3.1 & 3.2).

**Tabelle 3.1 Rücklauf für die durchgeführte Befragung der Kommunen Baden-Württembergs**

Einwohnergruppe	Gemeindeklasse	Grundgesamtheit	Anteil in %	Antworten	Anteil in %
20.000 - 39.999 (A)	GKS	58	59,18	12	20,69
40.000 – 59.999 (B)	GKS	22	22,45	11	50,0
60.000 – 79.999 (C)	GKS	4	4,08	1	25,0
80.000 – 99.999 (D)	GKS	5	5,10	2	40,0
Ab 100.000 (E)	SK	9	9,18	6	66,67
<b>Gesamt</b>		<b>98</b>	<b>100</b>	<b>32</b>	<b>32,65</b>

Wie zu erwarten war, fiel der Rücklauf bei der Einwohnergruppe E mit sechs von neun Kommunen (66,67 %) am größten aus. Genau die Hälfte der Kommunen in der Einwohnergruppe B sowie 40 % der Einwohnergruppe D meldete sich auf den Fragebogen, während eher eine schwache Beteiligung in den Einwohnergruppen A (20,69 %) und C (25 %) verzeichnet wurde.

### **3.2 Frage 2: Anteil an Kommunen mit nachhaltigem Beschaffungswesen**

Die zweite Frage beschäftigte sich mit der Anwendung von verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung. Im Falle einer positiven Antwort sollte der Befragte konkrete Beispiele vorgeben und falls möglich in digitaler oder postalischer Form für die Best-Practice-Beispiele der LUBW zur Verfügung stellen.

Von insgesamt 32 Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligten, konnten 19 Kommunen verbindliche Vorgaben in Form von Dienstanweisungen, Gemeinderatsbeschlüsse etc. aufweisen (vgl. Tabelle 3.2).

**Tabelle 3.2 Anteil an Kommunen in Baden-Württemberg mit verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung**

<b>Einwohnergruppe</b>	<b>Gemeindeklasse</b>	<b>Grundgesamtheit</b>	<b>Nachhaltige Beschaffung</b>	<b>Anteil in %</b>
20.000 - 39.999 (A)	GKS	58	7	11,86
40.000 – 59.999 (B)	GKS	22	7	31,82
60.000 – 79.999 (C)	GKS	4	0	0,00
80.000 – 99.999 (D)	GKS	5	2	40,0
Ab 100.000 (E)	SK	9	3	33,33
<b>Gesamt</b>		<b>98</b>	<b>19</b>	<b>19,39</b>

Die Tabelle 3.2 zeigt, dass die Einwohnergruppe D mit zwei von fünf Kommunen (40,0 %) den verhältnismäßig größten Anteil an Kommunen mit verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung aufweisen kann. Die Einwohnergruppe E ist zu 33,33 % vertreten, während die kleineren Einwohnergruppen A und B verbindliche Vorgaben für nachhaltige Beschaffung zu 11,86 % und 31,82 % besitzen. In der Einwohnergruppe C konnte keine Kommune verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung aufweisen.

Tabelle 3.3 gibt einen groben Überblick über die 25 Kommunen mit nachhaltigen Beschaffungswesen. Davon haben, wie bereits in der obigen Tabelle dargestellt, 19 Kommunen verbindliche Vorgaben in ein nachhaltiges Beschaffungswesen verankert (vgl. Tabelle 3.2) und die übrigen sechs Kommunen nicht. Jedoch haben letztere

angegeben, in mindestens einer der acht vorgegebenen Produktgruppen nachhaltige Beschaffungskriterien ohne verbindlicher Vorgaben anzuwenden.

Die von den Kommunen genannten verbindlichen Vorgaben konnten in vier verschiedene Obergruppen zusammengefasst werden: Den Gemeinderatsbeschluss, die Dienstanweisung, Richtlinien sowie konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges (vgl. Tabelle 3.3).

**Tabelle 3.3 GKS und SK Baden-Württembergs mit verbindlichen Vorgaben und Produktgruppen einer nachhaltigen Beschaffung**

Nr.	Kommunen GK	Verbindliche Vorgaben				Produktgruppen							
		Gemeinderatsbeschlüsse	Dienstanweisung	Richtlinien	Konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges	Büromaterial und Papier	Bürohaushaltsgeräte	Bauen	Strom	Reinigung	Lebensmittel	Fuhrpark und Mobilität	Bekleidung und Textilien
1	Aalen					x							
2	Albstadt					x	x	x					
3	Bretten				Energiespar-kontracting	x		x	x	x		x	
4	Donaueschingen		UVP für Bebauungspläne			x	x	x	x	x		x	
5	Ehingen					x							
6	Ettlingen				Regelung Job-Ticket		x			x		x	
7	Freudenstadt							x	x	x	x	x	
8	Friedrichshafen	Job-Ticket	Recyclingpapier Dienstfahrten	Formaldehyd-Richtlinien bei Baustoffen		x	x	x	x	x	x	x	x
9	Konstanz	Gegen Kinderarbeit*	Vergabe von Lieferungen und Leistungen (gegen Kinderarbeit)			x	x		x	x	x	x	x
10	Leutkirch		Umweltfreundliche Beschaffung	Umweltfreundliche Beschaffung		x	x	x	x	x		x	
11	Lörrach			Energierichtlinien für städtische Gebäude		x	x	x	x		x	x	
12	Nürtingen	Gegen Kinderarbeit*			Öffentliche Erklärung gegen Kinderarbeit			x	x		x		x
13	Offenburg	Gegen Kinderarbeit*	Büromaterial			x		x			x	x	x
14	Ravensburg				Gebot des Fairen Handels	x	x				x		x
15	Reutlingen	Gegen Kinderarbeit*				x	x		x	x	x		x
16	Rheinstetten		Kauf fairer Produkte			x	x	x	x	x	x	x	x
17	Schwetzingen	Keine				x	x	x				x	

		Verwendung von Tropenholz																
18	Singen		Beschaffung			x	x	x	x									x
19	Sinsheim					x	x		x									x
20	Tübingen	Gegen Kinderarbeit*			Ökologisches Reinigungsmittel konzept	x		x	x	x								x
21	Weinheim				Recyclingpapier konzept in Schulen	x												
	<b>Kommunen SK</b>																	
22	Heidelberg	Fairer Handel Gegen Kinderarbeit*	Beschaffung			x	x	x	x									x
23	Mannheim					x	x	x		x								
24	Stuttgart	Gegen Kinderarbeit*		Einkauf von Reinigungsmittel	1.Begründungsklausel 2.Energiesparcontracting 3.Energieerlass 4.Beschluss des Verwaltungsausschusses „gegen Kinderarbeit“	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
25	Ulm	Umweltaspekt e Gegen Kinderarbeit*	VOL (darin Enthalten ILO Nr182 gegen Kinderarbeit)		OB-Verfügung: Mülltrennung und –Entsorgung	x	x	x										x

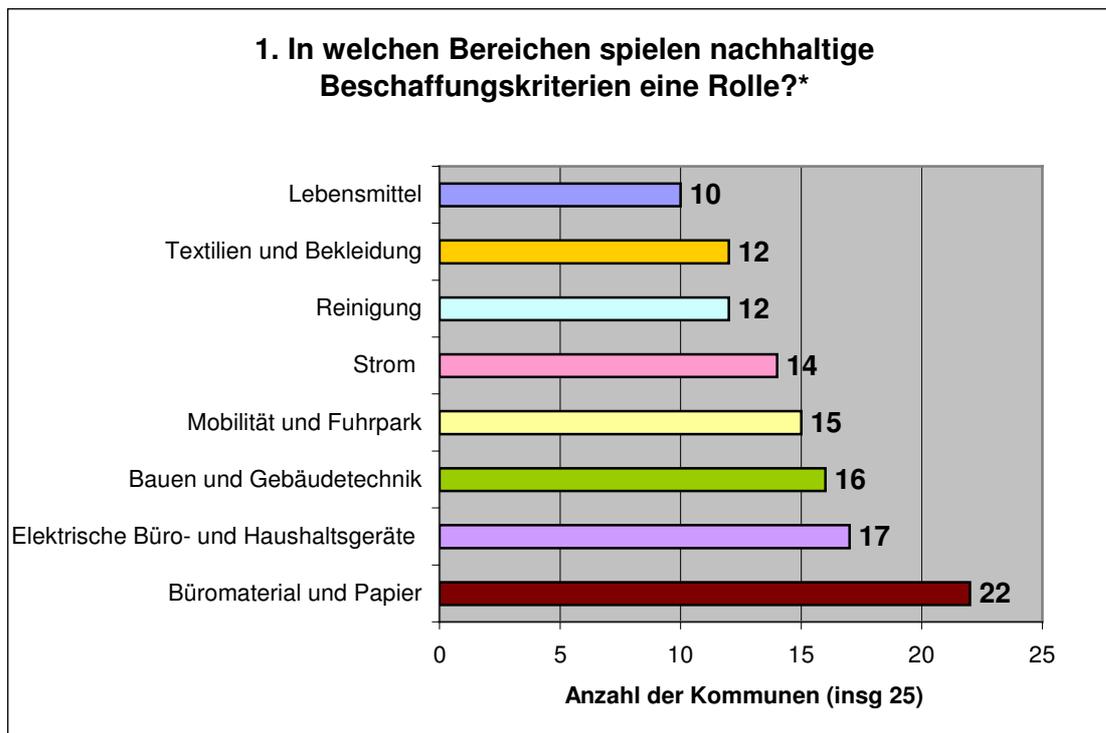
\* Informationen u. a. aus Unterlagen des Agendabüros der LUBW und unter [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/)

Im nächsten Abschnitt erfolgt ein Überblick über die Anwendung einzelner Produktgruppen in GKS und SK Baden-Württembergs. Anschließend werden die Ergebnisse der acht Produktgruppen einzeln sowohl schriftlich als auch graphisch dargestellt (Frage 1). Das gleiche erfolgt für verbindliche Vorgaben (Frage 2), Kriterienlisten (Frage 3) und Interkommunale Einkaufsgemeinschaften (Frage 4).

### **3.3 Frage 1: Produktgruppen nachhaltiger Beschaffung in Kommunen Baden-Württembergs**

Auf die erste Frage, in welchen Bereichen bzw. Produktgruppen nachhaltige Beschaffungskriterien eine Rolle spielen, gaben insgesamt 25 Kommunen an (davon 19 GKS und 6 SK), in mindestens einer der acht vorgegebenen Produktgruppen nachhaltig zu beschaffen. Die Anwendung der nachhaltigen Beschaffung beschränkt auf eine einzige Produktgruppe konnte nur bei drei Kommunen bestätigt werden. Umgekehrt fanden sich ebenfalls drei Kommunen, die in allen acht vorgegebenen Produktgruppen nachhaltige Kriterien aufweisen konnten. Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Produktgruppen zeigt eine relative Gleichverteilung, wobei die

Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ als klarer Trend hervorgeht (vgl. Abbildung 3.1).



**Abbildung 3.1 Produktgruppen nachhaltiger Beschaffung für GKS und SK Baden-Württembergs (\*Mehrfachnennungen möglich)**

D.h. von 25 Kommunen, die angegeben hatten in den vorgegebenen Produktgruppen nachhaltige Beschaffungskriterien anzuwenden, beschafft der Großteil (22 Kommunen) Büromaterial und Papier nach umweltfreundlichen Kriterien. Ebenfalls häufig angewendet werden nachhaltige Beschaffungskriterien in der Produktgruppe „elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“ (17 Kommunen) sowie „Bauen- und Gebäudetechnik“ (16 Kommunen). 15 Kommunen haben angegeben in der Produktgruppe „Mobilität und Fuhrpark“ durch Job-Tickets und CarSharing nachhaltige Kriterien zu berücksichtigen. 14 Kommunen beziehen Ökostrom, während jeweils 12 Kommunen Reinigungsmittel nach umweltfreundlichen Kriterien sowie Bekleidung und Textilien unter Ausschluss von Kinderarbeit beschaffen. Zehn Kommunen gaben an, faire oder regionale Lebensmittel in die nachhaltige Beschaffungsarbeit mit einzubeziehen.

### 3.3.1 Produktgruppe „Büromaterial und Papier“

Etwa 70 % der Büroabfälle in der öffentlichen Verwaltung bestehen aus Papier. Durch die richtige Papierauswahl und einen sparsamen Umgang kann im Bereich der öffentlichen Hand ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Daher gilt als oberstes Prinzip, das Abfallaufkommen zu verringern und Produkte aus Recyclingmaterialien zu verwenden. Hierfür gibt es unzählige Möglichkeiten. So kann u. a. Büromaterial, das den Anforderungen von Ökolabels wie z. B. dem Blauen Engel entspricht, verwendet und Papier doppelseitig gedruckt werden. Zudem können für Schreibutensilien und Bürochemikalien Refill-Produkte bzw. Nachfüllsysteme eingesetzt werden wie z.B. wiederbefüllbare Tonerpatronen, Tintenpatronen, Kugelschreiber und Tipp-Ex (Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2005 S.7f.).

Die Kommunen wurden gefragt, ob Büromaterialien in Form von Recyclingpapier zum Einsatz kommen und die Beschaffung von Refill-Produkten zusätzlich oder neben Originalprodukten berücksichtigt wird. Aus der Abbildung 3.2 kann entnommen werden, dass von insgesamt 22 Kommunen bei 21 Kommunen Recyclingpapier nach den Kriterien des blauen Engels verwendet wird. 16 von 22 Kommunen haben zudem angegeben, Refill-Produkte in Form von wiederbefüllbaren Druckerpatronen, Marker und Kugelschreiber zusätzlich oder neben Originalprodukten zu verwenden.

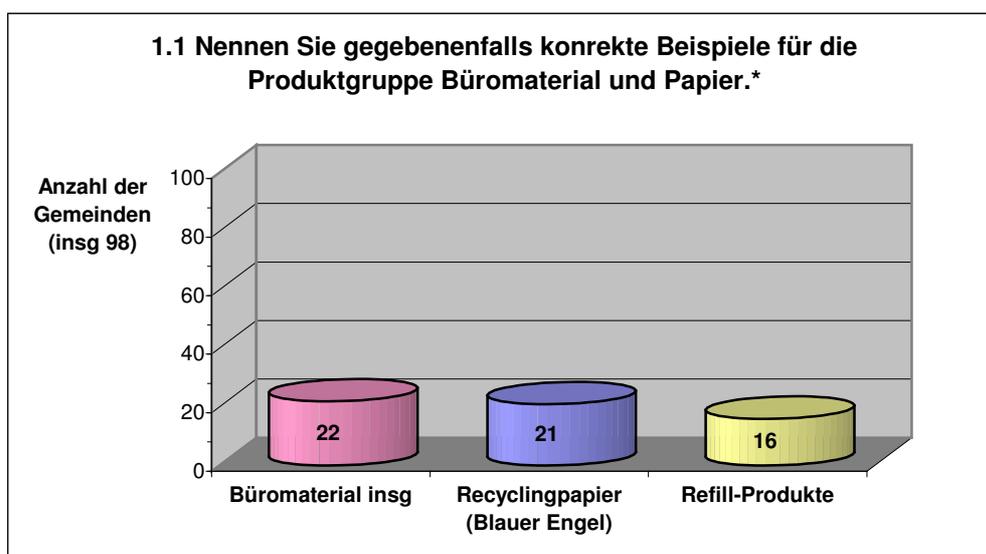
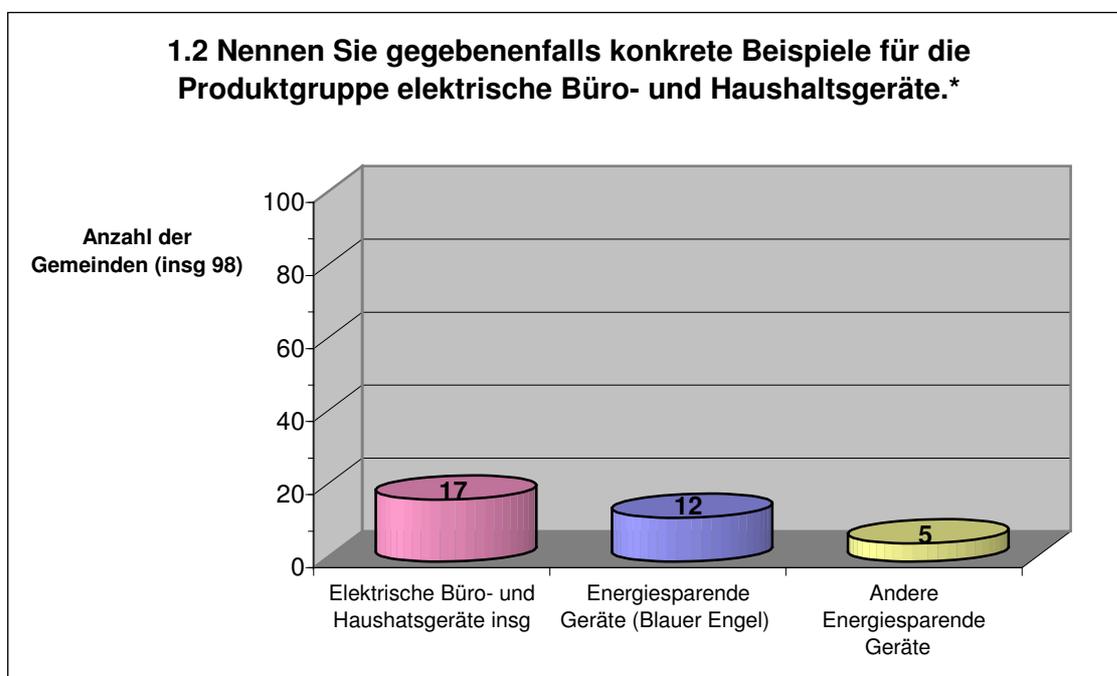


Abbildung 3.2 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ der GKS und SK Baden-Württemberg (\*Mehrfachnennungen möglich)

### 3.3.2 Produktgruppe „Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“

Bürohaushaltsgeräte, wie sie hier behandelt werden, umfassen eine Spannweite von verschiedenen Gerätegruppen wie z. B. Desktops, PCs, Monitore, Drucker, Photokopierer und Multifunktionsgeräte usw. Wie das Beispiel Stuttgart zeigt, werden jedes Jahr erhebliche Summen für Bürogeräte ausgegeben (im Jahr 2000 acht Mio. EUR). Demnach könnten diese Summen einen erheblichen Einfluss darauf haben, umweltfreundliche Produkte verstärkt auf den Markt zu etablieren. Obwohl die Umweltauswirkungen von Produkt zu Produkt variieren, sind IT-Ausstattungen für einen beachtlichen Teil des kommunalen Energieverbrauchs verantwortlich und versprechen daher ein enormes finanzielles Einsparpotenzial. Ökolabels wie z. B. das Energy Star Label oder der Blaue Engel können als nachhaltige Beschaffungskriterien herangezogen werden. Auch die Orientierung des Energieverbrauchs nach der Gemeinschaft Energielabel Deutschland (GED) sowie die Langlebigkeit der Produkte sind eine Möglichkeit (Barth et al. 2005, S.358f.).

Insgesamt konnten 17 Kommunen den Einsatz von elektrischen Büro- und Haushaltsgeräten bestätigen (vgl. Abbildung 3.3).



**Abbildung 3.3 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe „elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“ der GKS und SK Baden-Württembergs (\*Mehrfachnennung möglich)**

So gaben 12 von 17 Kommunen an, besonders bei Kopierer, Drucker und Computer auf die Vorgaben des Blauen Engels zu achten. Die restlichen fünf Kommunen gaben zwar auch an, energiesparende Geräte zu beschaffen, jedoch wurde kein Label dazu angegeben. Andere Energielabels für Elektrogeräte sowie Kriterien zur Energiereduktion von Bürohaushaltsgeräten, wie z. B. Wartungs- und Pflegeverträge der Geräte oder Rücknahmebedingungen, wurden von den Kommunen als konkretes Beispiel nicht genannt.

### **3.3.3 Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“**

Die nachhaltige Beschaffung im Baubereich hat vor allem durch Planungsentscheidungen und Vergabe von Bauleistungen einen entscheidenden Einfluss auf die ökologische Bilanz eines Projektes. Da ein Gebäude viele Jahre genutzt wird, kommt in kaum einem anderen Bereich der Gedanke der Nachhaltigkeit auch ökonomisch zum tragen. Aus diesem Grund lassen sich anfängliche Versäumnisse später nicht mehr oder nur mit großem Aufwand korrigieren (vgl. Umweltministerium Baden-Württemberg 2006, S.28).

Der Beschaffungsprozess dieser Produktgruppe zählt zu den komplexesten, da es eine Vielzahl von Ausschreibungen für Bauleistungen und Baumaterialien gibt. So werden in den meisten Kommunen Abteilungen eingerichtet, die nur für diese Art von Beschaffung zuständig sind. Eine umfassende Bewertung der Umweltauswirkungen von Gebäuden während ihrer Lebensdauer erweist sich zudem als komplexer Prozess. Dennoch wird versucht, die Baustoffkriterien bei der Ausführung anzuwenden, wobei sie während der Gewinnung, der Verarbeitung, der Nutzung und der Entsorgung berücksichtigt werden sollte. Des Weiteren müssen Umweltauswirkungen während der Errichtung des Gebäudes, der Vorbereitung des Baugrundstücks und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Ökosystem mit einbezogen werden. Dennoch hat sich gezeigt, dass die häufigsten Umweltauswirkungen von Gebäuden während der Nutzungsphase auf den Energieverbrauch für Heizung, Klimatisierung und Strom zurückzuführen sind (Barth, 2005 S.355).

Einige Kommunen haben unter dem Verweis auf bestehende rechtliche Vorgaben zur Vermeidung von gesundheitsgefährdenden und umweltschädlichen Substanzen die Verwendung von entsprechenden Stoffen spezifiziert. Dabei richten sie sich nach herstellerneutralen Umweltzeichen wie dem Blauen Engel. Darüber hinaus beziehen

sich die Kriterien und Vorschriften in erster Linie auf folgende Produkte: Formaldehyd, Holz und Holzschutzmittel, künstliche Mineralfasern, PVC, flüchtige organische Verbindungen, ökotoxische Stoffe, Lacke und Lasuren, Spanplatten usw. Neben der Verwendung von bauchemischen Produkten, die ökologisch unbedenklich entsorgt werden können, sollte ein ökologisch orientiertes Bauen das Ziel sein. Welches Gewicht die Einsparung von Wärmeenergie in Gebäuden hat, zeigt der hohe Anteil von 40 % des Energieverbrauchs bei Heizungen und Warmwasser. Daher ist es wichtig, einfache Einsparmaßnahmen bei Raumwärme und Warmwasser anzuwenden und den baulichen Wärmeschutz voranzutreiben. Dies kann mithilfe maximaler Ressourcenschonung durch rationelle Energieverwendung und der Verwendung von regenerativen Energien umgesetzt werden (agenda-transfer 2007 S.16f. & Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2005 S.38 ff.).

Die von den Kommunen genannten Beispiele für die Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“ fielen aufgrund des komplexeren Themas vielseitig aus. Daher wurde eine Tabelle erstellt, in der alle von den Kommunen genannten Beispiele mit den dazugehörigen Obergruppen und der Häufigkeit der Nennungen dargestellt sind (vgl. Tabelle 3.4). So ergab sich folgendes Bild: Von insgesamt 16 Kommunen, die angegeben hatten, in dieser Produktgruppe nachhaltig zu beschaffen, wurde von sechs Kommunen der Einsatz regenerativer Energieträger durch den Einbau von Holzhackschnitzelanlagen und Pelett-Heizungen genannt. Angemerkt sei hier, dass die regenerativen Energieträger von den Kommunen selbst eingebaut und als innovative Wärmetechnik im Rahmen einer ökologischen Bauweise genutzt werden. Die Nutzung von energieeffizienter Technik wie z.B. Bewegungsmelder, Gebäudeleittechnik, Natriumdampf-Straßenlaternen und Energiekonzepte haben zehn Kommunen in ihren Beschaffungsprozess integriert. Zudem kommen Kraft-Wärme-Kopplung und Blockheizkraftwerke zum Einsatz, die mit Erdgas oder Kohle betrieben werden. Ökologische Baustoffe wie z. B. Materialien aus Holz kommen ebenfalls bei sechs Kommunen zum Einsatz. Vier Kommunen verzichten auf den Einkauf von Tropenholz ohne Zertifikat und drei Kommunen beziehen die Wärmedämmung in die nachhaltige Beschaffung im Baubereich mit ein. Der Verzicht auf PVC bei der Bebauung und die Begrünung von Dächern und Fassaden bei öffentlichen Gebäuden werden von jeweils zwei Kommunen berücksichtigt.

Relativ neu in diesem Bereich ist das Intracting-Modell, das ebenfalls von zwei Kommunen genannt wird. Was genau dahinter steckt, wird in Abschnitt 4.3 näher erläutert.

**Tabelle 3.4 Frage 1.3: Nennen Sie gegebenenfalls konkrete Beispiele für die Produktgruppe Bauen und Gebäudetechnik (\*Mehrfachnennungen möglich)**

Obergruppe	Genannte Beispiele für Bauen und Gebäudetechnik*	Anzahl der Kommunen (von insgesamt 16)
Einsatz regenerativer Energieträger	- Holzhackschnitzelanlage - Pelletheizung	6
Einsatz energieeffizienter Technik	- Bewegungsmelder - Energiesparlampen - Gebäudeleittechnik - Natriumdampflampen - Nachtabschaltung Straßenlaterne - Energiekonzepte - Kraft-Wärme-Kopplung - BHKW	10
Ökologische Baustoffe	- Material aus Holz	6
Dach- und Fassadenbegrünung	k.B.	2
Wärmedämmung	k.B.	3
Verzicht auf PVC	k.B.	2
Verzicht auf Tropenholz ohne Zertifikat	k.B.	4
Contracting	k.B.	2

k.B. keine Beispiele genannt

Der Einsatz regenerativer Energien zur Stromgewinnung werden unabhängig von der Produktgruppe Bauen und Gebäudetechnik im nächsten Abschnitt 3.3.4 behandelt.

### **3.3.4 Produktgruppe „Strom“**

Rationelle Stromverwendung stellt ebenfalls ein wichtiges Thema in öffentlichen Einrichtungen dar. Viele öffentliche Verwaltungsgebäude bestehen aus alter Bausubstanz und stellen zu 7,8 % einen der größten Stromverbraucher in Deutschland dar. Durch veraltete Heizungs-, Klima- und Beleuchtungsanlagen wird in solchen Gebäuden die meiste Energie verbraucht. Wie bereits bekannt, trägt die Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen weltweit zum Treibhauseffekt bei, weshalb bereits umfassende technologische Fortschritte im Bereich der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielt wurden. (Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2005 S.38 ff.).

Die Kommunen wurden gefragt, ob sie Strom in einer ökologisch vertretbaren Weise durch den Bezug von Ökostrom einkaufen. Dabei gaben alle 14 Kommunen an, Ökostrom von öffentlichen Anbietern aus regenerativen Energiequellen zu beziehen (vgl. Abbildung 3.4).

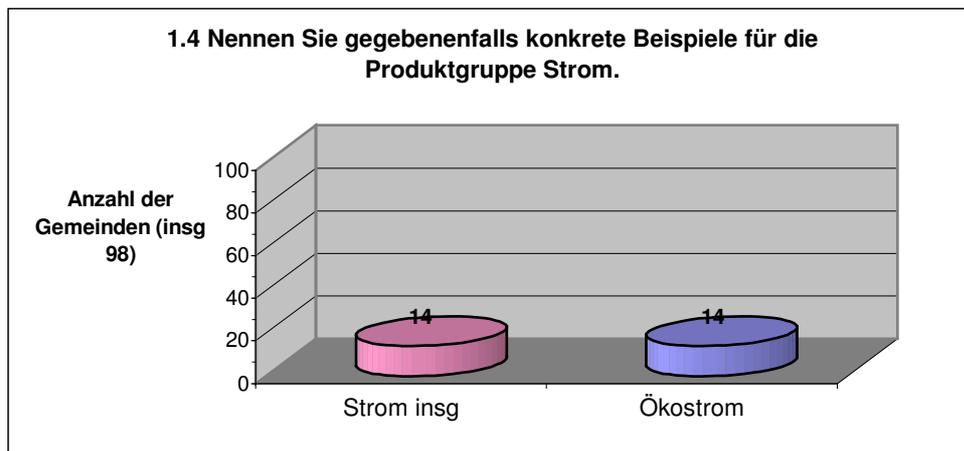
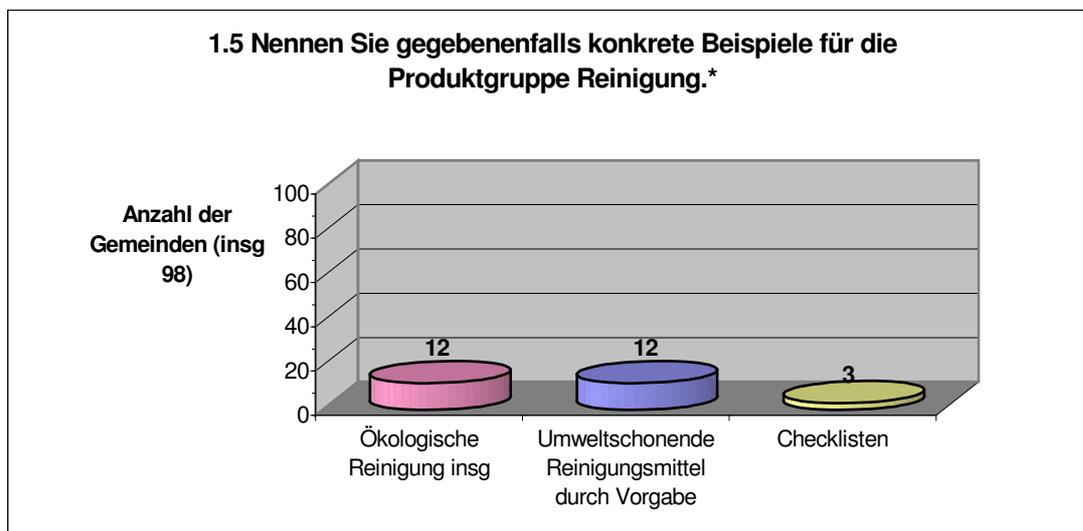


Abbildung 3.4 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Strom der GKS und SK Baden-Württembergs

### 3.3.5 Produktgruppe „Reinigung“

In öffentlichen Gebäuden gehören kontinuierliche Reinigungsarbeiten zur Einhaltung hygienischer Standards und Instandhaltung der Gebäude. Zunehmend ist es aber so, dass private Gebäudereinigungsfirmen öffentliche Gebäude reinigen. Aus diesem Grund steht nicht mehr die Beschaffung der Reinigungsmittel durch die Kommunen selbst im Vordergrund, sondern die Berücksichtigung von Umweltschutzerfordernissen in der Ausschreibung. Negative Umweltauswirkungen ergeben sich vor allem durch die chemischen Inhaltsstoffe oder Lösungsmittel, die trotz Abwasserreinigung als chemische Rückstände im Wasser verbleiben und somit eine schädliche Wirkung auf Gesundheit und Umwelt entfalten. Ein beachtlicher Anteil des Beschaffungsbudgets wird für Reinigungsdienstleistungen ausgegeben. Vor allem in Deutschland wird die Auszeichnung für Reinigungsmittel mit Umweltzeichen als wichtig erachtet. Auch hier kommt das Ökolabel des Blauen Engels zum Einsatz, wenn Waschmittel bestimmte Anforderungen der Inhaltsstoffe, der Verpackung und Dosierung erfüllen sollen (Barth et al. 2005 S.76, 363f.).

Alle zwölf Kommunen, die angegeben hatten, in dieser Produktgruppe nachhaltig zu beschaffen, haben verbindliche Vorgaben zu umweltschonenden Reinigungsmitteln, die sie an Reinigungsfirmen weitergeben (vgl. Abbildung 3.5). Diese wären beispielsweise Vorgaben zur Verwendung von Konzentraten, Anwendungsdosierungen, lösemittelfreie Reinigungsmittel etc. Neben diesen Vorgaben können drei Kommunen (Donaueschingen, Tübingen und Stuttgart) zusätzlich noch ein gesamtes Reinigungsmittelkonzept mit Checklisten aufweisen. Dabei wird genau aufgelistet, welche Kriterien zur nachhaltigen Beschaffung von Reinigungsmitteln beachtet werden, welche Reinigungsmittel zu welchem Zweck verwendet werden und welche Reinigungsmittel nicht verwendet werden dürfen. Zum Abschluss werden die Inhaltsstoffe neuer Reinigungsmittel auf ihre Umweltverträglichkeit in einer Checkliste überprüft.



**Abbildung 3.5 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Reinigung der GKS und SK Baden-Württembergs (\*Mehrfachnennungen möglich)**

### 3.3.6 Produktgruppe „Lebensmittel“

Insgesamt beschaffen öffentliche Einrichtungen drei % des Lebensmittelmarktes und stellen somit auch in dieser Produktgruppe einen großen Abnehmer dar, der den Markt mit seinem Einkaufsverhalten stark beeinflussen kann. In Stuttgart selbst wurde im Jahre 2001 für Lebensmittel 307.000 EUR ausgegeben, wobei Schulen und Kindergärten nicht mitgezählt wurden.

Für den Einkauf von Lebensmitteln im nachhaltigen Sinne gibt es drei Möglichkeiten: Der Bezug von Lebensmitteln 1. aus der Region, 2. aus ökologischen Anbau und 3. aus fairem Handel.

Lebensmittel aus der Region beziehen sich in erster Linie auf frische Lebensmittel aus der nahen Umgebung. Durch kurze Anfahrtswege ist die Frische der Lebensmittel garantiert. Zudem besteht durch den direkten Kontakt der Händler mehr Transparenz, da die Herkunft der Ware erfragt und überprüft werden kann.

Lebensmittel aus dem ökologischen Anbau werden umweltverträglich erzeugt und schonend zubereitet. Strenge Richtlinien verbieten den Zusatz von Konservierungs- und Farbstoffen, gentechnische Verfahren und gentechnisch veränderte Zusatzstoffe sind nicht erlaubt. Neben dem Verzicht auf Pestizide und synthetischen Düngemittel, sind Biolandwirte dazu verpflichtet, ihre Tiere artgerecht zu halten.

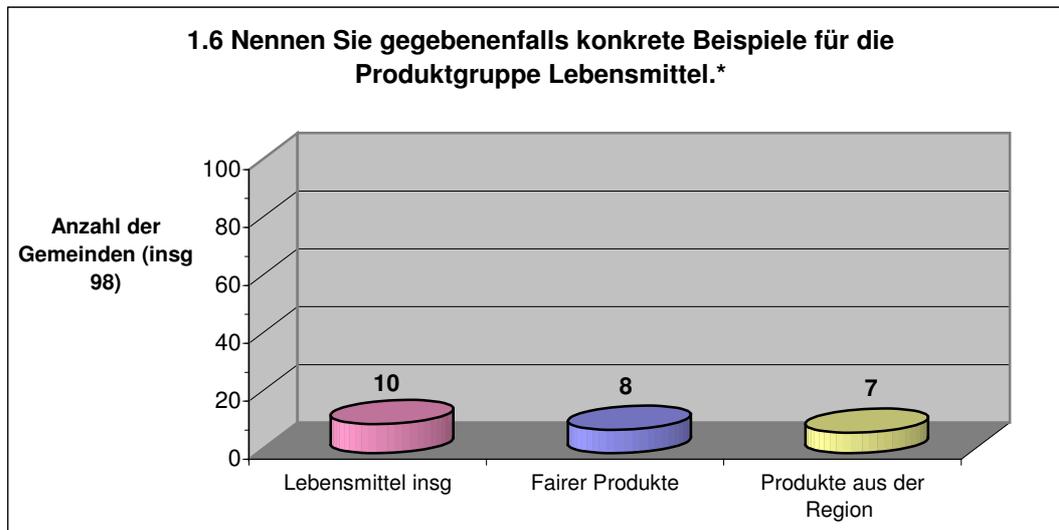
Der Kauf von fair gehandelten Produkten soll dazu beitragen, benachteiligten Produzenten in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern, indem sie einen besseren Preis für Agrargüter erhalten als auf dem Weltmarkt üblich ist. Dies ermöglicht ihnen wiederum kostendeckend zu arbeiten und ein menschenwürdiges Leben zu führen mit Schulbildung und Medikamentenzahlung (wdr.de, 29.06.07).

Fair gehandelte Produkte stellen somit einen Beitrag zur globalen Verantwortung dar, wobei soziale und ökologische Mindeststandards wie z. B. faire Arbeitsbedingungen, Ausschluss von Kinderarbeit nach dem Fair-Trade-Siegel der Fairtrade Labelling Organisations International (FLO) eingehalten werden müssen. Zwar sind gewisse Mehrkosten gegenüber konventionellen Produkten nicht von der Hand zu weisen, jedoch ist diese kleine Investition sinnvoll, bedenkt man die öffentliche Vorbildfunktion und den dadurch gewonnenen Imagegewinn für die Stadt.

Interessant ist, dass sich fairer Handel zunehmend auch mit ökologischen Anbau vereinbaren lässt. So besitzen mittlerweile faire Produkte auch zu knapp 2/3 das Bio-Siegel (Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2005 S.66).

Die Kommunen wurden gefragt, ob Lebensmittel nach ökologischen, regionalen oder fairen Kriterien eingekauft werden. Betrachtet man die Abbildung 3.6, so wird deutlich, dass von insgesamt zehn Kommunen acht Kommunen Produkte aus fairem Handel und sieben Kommunen Produkte aus der Region beschaffen. Der Bezug von

Lebensmitteln aus ökologischen Anbau wurde von den Kommunen nicht explizit genannt.



**Abbildung 3.6 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Lebensmittel der GKS und SK Baden-Württembergs (\*Mehrfachnennungen möglich)**

Öffentliche Verwaltungen mit einem Angebot an Lebensmittel aus der Region haben angegeben, in erster Linie Getränke wie z. B. Streuobstapfelsaft oder Wein aus regionalem Anbau anzubieten. Dabei wurde jedoch nur von einer Kommune erwähnt, dass zu einem bestimmten Prozentanteil Produkte auch aus ökologischem Anbau bezogen wird. Die anderen Kommunen machten dazu keine Angaben.

In Ergänzung zu den regionalen Produkten erfolgt bei den meisten Kommunen zusätzlich der Handel mit fairen Produkten. So haben acht Kommunen angegeben, vor allem beim Bezug von Kaffee sich nach den Kriterien des fairen Handels zu richten. Neben Kaffee werden jedoch auch noch andere Produkte wie z.B. Tee, Kakao und sonstige Agrargüter bezogen.

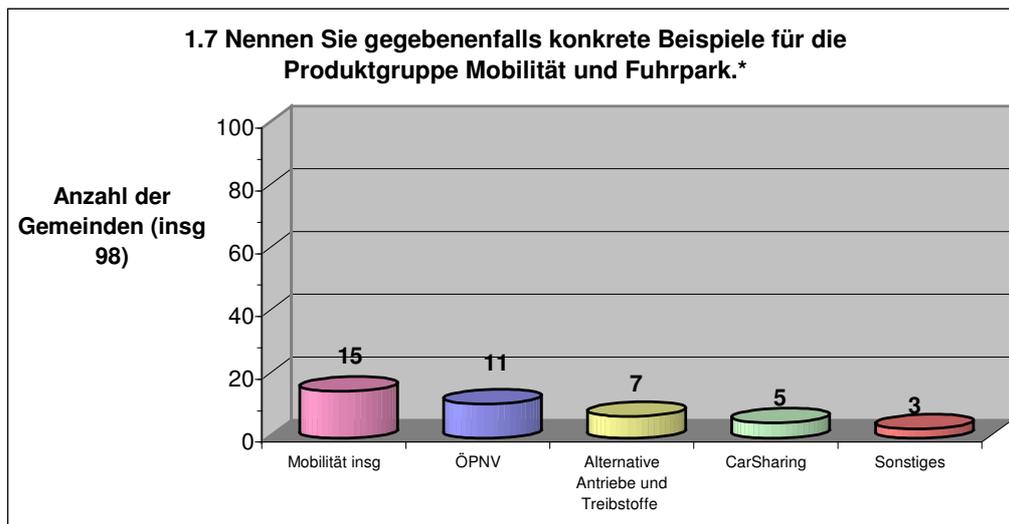
### **3.3.7 Produktgruppe „Mobilität und Fuhrpark“**

Als Energieverbrauchssektor mit der größten Wachstumsrate trägt der Verkehr zu 24 % an den CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Nach Schätzungen des Klima-Bündnisses im November 2005 wird der Verkehr bis zum Jahre 2010 der Bereich mit dem größten Beitrag zu den Treibhausgasemissionen sein. Das Ziel des Klimaschutzes die CO<sub>2</sub>-

Emissionen der damaligen 15 EU-Länder bis 2012 um bis zu acht % unter das Niveau von 1990 zu senken, dürfte demnach auf keinen Fall erreicht werden (Lexikon der Nachhaltigkeit, 16.03.2007).

Trotz großer Erfolge der Kommunen im Energiebereich, stellen die hohen Wachstumsraten des Verkehrs durch die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes und fortschreitenden Zersiedelung eine große Herausforderung in der kommunalen Verkehrspolitik dar. Hat sich eine Kommune für eine klimaschonende, umweltverträgliche und sozial ausgewogene Verkehrspolitik entschieden, stehen ihr eine Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung (Climate Alliance, 11.2005): Die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs, Verkehrsberuhigung, Parkraummanagement und verkehrsvermeidende Siedlungsplanung können eine Veränderung des Verkehrsverhaltens einleiten. In Ergänzung dazu sollen alternative Verkehrsträger und technischer Fortschritt im Fahrzeugbestand das immer stärker werdende Verkehrsaufkommen reduzieren. Mit gezieltem und rationellem Einsatz von Maschinen, Geräten und Fahrzeuge können umweltfreundliche Aspekte durch einfache Handhabung und Kosteneffizienz erfüllt werden. Hierbei spielen schadstoff- und lärmarme Fahrzeuge genauso eine Rolle wie umweltverträgliches Motoröl, Hydraulikflüssigkeiten und alternative Treibstoffe (Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2005 S.13).

Bei der Produktgruppe „Mobilität und Fuhrpark“ sind 15 Kommunen bestrebt, im Rahmen einer nachhaltigen Beschaffung den Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls nachzukommen (vgl. Abbildung 3.7). Dabei werden von ihrer Seite unterschiedliche Mittel zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes eingesetzt. Ein Großteil der Kommunen (elf von 15 Kommunen) nutzt öffentliche Verkehrsmittel. Dabei kommen vor allem Job-Tickets und Dienstreisen über den ÖPNV zum Einsatz. Sieben Kommunen haben angegeben, alternative Antriebe und Treibstoffe in ihre Fahrzeuge eingebaut zu haben. Hierbei sind vor allem für Treibstoffe Erdgas und Biodiesel sowie für alternative Antriebe der Hybridantrieb von den Kommunen genannt worden.



**Abbildung 3.7 Nachhaltige Beschaffung der Produktgruppe „Mobilität und Fuhrpark“ der GKS und SK Baden-Württembergs (\*Mehrfachnennungen möglich)**

Ebenfalls Anwendung findet bei fünf Kommunen das sich immer mehr an Beliebtheit erfreuende Konzept des CarSharings. Meist erfolgt es in Kooperation mit anderen Partnergemeinden. Unter der Obergruppe „Sonstiges“ wurde alles zusammengefasst, was mit Autozubehör zu tun hat. So konnten drei Kommunen angeben, Autozubehör nach umweltorientierten Kriterien wie z.B. Rußpartikelfilter und PCB-freies Motoröl zu verwenden.

### **3.3.8 Produktgruppe „Bekleidung und Textilien“**

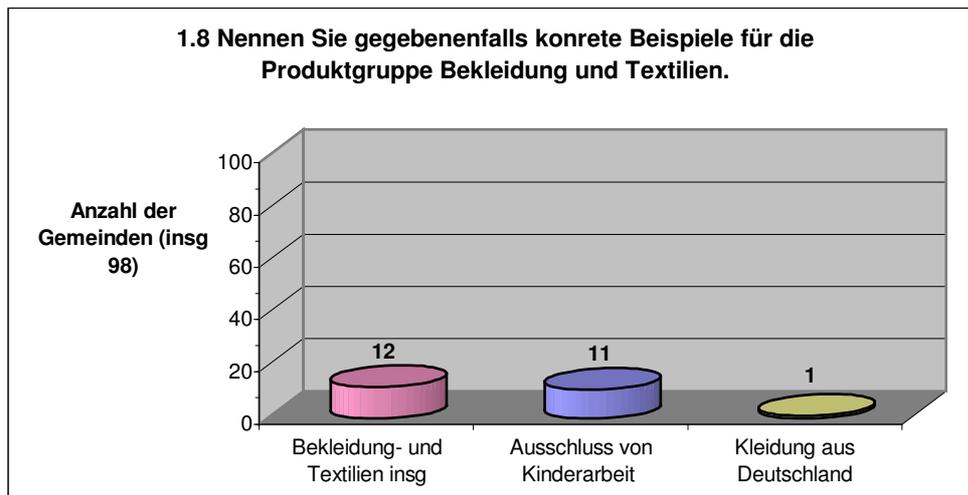
Im Gegensatz zum umweltfreundlichen Ansatz einer nachhaltigen Beschaffung sind Anwendungen zum sozial gerechten Einkauf im Bereich von Bekleidung und Textilien auf kommunaler Ebene relativ neu. Trotz sozialer Verpflichtung im Sinne der Lokalen Agenda 21 und Vorbildfunktion der Kommunen, ist es kaum einem öffentlichen Einkäufer bekannt, woher die Textilien für Polizei, Feuerwehr, Kindergärten, Müllabfuhr etc. stammen. Ein Großteil dieser Bekleidung wird aus Billiglohnländern in Südostasien, Mittelamerika und Osteuropa importiert. In der Regel kümmern sich deutsche mittelständische Unternehmen bei der Herstellung der Ware kaum um die sozialen und ökologischen Bedingungen. Doch Recherchen der Clean Clothes Campaign (CCC) haben aufgezeigt, dass gerade bei der Herstellung von Bekleidung massiv Menschen- und Arbeitsrechte verletzt werden. So existieren beispielsweise gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, hohe

Wochenarbeitszeiten ohne freien Tag, Zahlung eines unangemessenen Lohnes usw. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass sozial verträgliche Kleidung nicht unbedingt mehr Geld kostet. Daher werden Kommunen von der CCC aufgefordert, beim Einkauf von Dienstkleidungen und Textilien soziale Mindeststandards als Ausschreibungskriterium zu berücksichtigen. Als Modellkatalog könnte der Verhaltenskodex des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) von 1997 gelten. Zur Überprüfung werden Siegel herangezogen, wie z. B. das Rugmark-Siegel für Teppiche ohne Kinderarbeit oder das TransFair-Siegel. Bei Produkten ohne dieses Siegel müssen die anbietenden Firmen einen Verhaltenskodex, eine Sozialklausel oder sonstige Verpflichtungen vorlegen, die den Zulieferfirmen Produkte ohne Kinderarbeit gewährleisten (Fonari, 2006, S.16ff.).

Im Rahmen der ILO-Konvention Nr. 128 haben sich deutschlandweit 79 Kommunen verpflichtet, durch Verzicht auf bestimmte Produkte gegen ausbeuterischer Kinderarbeit vorzugehen ([www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de), 19.07.2007). Erfreulicherweise hat das Beispiel München hierzu eine „große Welle von Nachahmungstätern“ losgetreten. Mit einem Stadtratsbeschluss von 2002 entschied sich die Stadt, keine Produkte mehr aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Diese Regelung betrifft Produkte aus Holz, Agrarprodukte, bestimmte Natur- bzw. Pflastersteine, sowie Teppiche, Wohn-, Kleidungstextilien und Sportartikel, wobei die letzten drei Bereiche unter den Abschnitt 5.2.8 näher diskutiert werden (agenda-transfer 2005, S.11).

In Hinblick auf die ILO-Konvention Nr. 128 sollte anhand des Fragebogens somit geklärt werden, ob Kinderarbeit bei der Beschaffung im Bezug auf die vorher genannten Produkte ausgeschlossen wird oder beispielsweise faire Bälle und Schuhe in Schulen oder Sportvereinen zum Einsatz kommen.

Elf von zwölf Kommunen beziehen Bekleidung und Textilien wie z.B. Teppiche, Sportartikel, Lederware sowie Wohn- und Kleidungstextilien unter Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit (nach der ILO-Konvention Nr.182) (vgl. Abbildung 3.8). Immerhin eine Kommune gab an, die deutsche Kleidungsindustrie durch Bezug von Baubekleidung aus Deutschland stärken zu wollen.



**Abbildung 3.8 Nachhaltige Beschaffung der Produktgruppe „Bekleidung- und Textilien“ GKS und SK Baden-Württembergs**

### **3.4 Frage 2: Beispiele verbindlicher Vorgaben**

Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines nachhaltigen Beschaffungswesens sind einfach definierte Abläufe wie z. B. die Vorgabe von konkreten Zielen mit ausgewählten Umweltkriterien. Damit geht nämlich eine Verbindlichkeit einher, die vor allem bei dezentralen Strukturen gebraucht wird (OECD 2000, S.92).

Wie bereits im Abschnitt 3.2 vorgestellt, wurden die Kommunen gebeten verbindliche Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung anzugeben und gegebenenfalls auf postalischen und digitalen Wege der LUBW zukommen zu lassen.

Die von den Kommunen genannten Beispiele verbindlicher Vorgaben konnten in vier Obergruppen eingeteilt werden: Die Dienstanweisung, der Gemeinderatsbeschluss, Richtlinien sowie konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges.

Im Folgenden werden diese näher aufgeführt (vgl. Tabelle 3.5):

**Tabelle 3.5 Frage 2: Welche verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung kommen bei GKS und SK Baden-Württembergs zum Einsatz?**

Nr.	Kommunen GK	Verbindliche Vorgaben			Konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges
		Gemeinderatsbeschlüsse	Dienstanweisung	Richtlinien	
1	Bretten				Energiesparcontracting
2	Donaueschingen		UVP für Bebauungspläne		
3	Ettlingen				Jobticket
4	Friedrichshafen	Job-Ticket	Recyclingpapier Dienstfahrten	Formaldehyd- Richtlinien bei Baustoffen	
5	Konstanz	Gegen Kinderarbeit*	Vergabe von Lieferungen und Leistungen (gegen Kinderarbeit)		
6	Leutkirch		Umweltfreundliche Beschaffung	Umweltfreundliche Beschaffung	
7	Lörrach			Energierichtlinien für städtische Gebäude	
8	Nürtingen	Gegen Kinderarbeit*			Öffentliche Erklärung gegen Kinderarbeit
9	Offenburg	Gegen Kinderarbeit*	Büromaterial		
10	Ravensburg				Gebot des Fairen Handels
11	Reutlingen	Gegen Kinderarbeit			
12	Rheinstetten		Kauf fairer Produkte		
13	Schwetzingen	Keine Verwendung von Tropenholz			
14	Singen		Beschaffung		
15	Tübingen	Gegen Kinderarbeit*			Reinigungsmittelkonzept
16	Weinheim				Recyclingpapierkonzept in Schulen
	<b>Kommunen SK</b>				
17	Heidelberg	Fairer Handel Gegen Kinderarbeit*	Beschaffung (integriert Verbot Kinderarbeit)		
18	Ulm	Umweltaspekte Gegen Kinderarbeit*	VOL (darin Enthalten ILO Nr182 gegen Kinderarbeit)		OB-Verfügung: Mülltrennung und – Entsorgung
19	Stuttgart	Gegen Kinderarbeit*		Einkauf von Reinigungsmittel	1.Begründungsklausel „Recyclingpapier“ 2.Energiespar-kontracting 3.Energieerlass 4.Beschluss des Verwaltungsausschusses „gegen Kinderarbeit“

\* Informationen u. a. aus Unterlagen des Agendabüros der LUBW und unter [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/)

Wie bereits in Abschnitt 3.2 erwähnt, weisen 19 von 25 Kommunen verbindliche Vorgaben für ein nachhaltige kommunale Beschaffung auf.

### **3.5 Frage 3: Kriterienlisten einer nachhaltigen Beschaffung**

In der dritten Frage wurden Kommunen aufgefordert anzugeben, ob Kriterienlisten in Form von Handbüchern zur umweltfreundlichen Beschaffung, Vorlagen anderer Kommunen oder Musterausschreibungen für Produktgruppen aus dem Internet zum Einsatz kommen. Hierbei gaben insgesamt acht Kommunen an, Kriterienlisten bei der nachhaltigen Beschaffung einzusetzen. Allerdings waren auch hier die Antworten sehr unterschiedlich, weshalb sie im Folgenden einzeln aufgeführt werden (vgl. Tabelle 3.6).

**Tabelle 3.6 Frage 3: Setzen Sie spezielle Kriterienlisten oder Ähnliches zur nachhaltigen Beschaffung ein?**

<b>Nr.</b>	<b>Kommunen GK</b>	<b>Kriterienlisten</b>
1	Donaueschingen	- UVP-Kriterien für Reinigungsmittel - Handbuch ökologische Baustoffauswahl
2	Friedrichshafen	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung
3	Ravensburg	Kriterienliste für Büro und Bau des Umweltverbandes Vorarlberg
5	Singen	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung
6	Sinsheim	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung
7	Tübingen	Kriterienliste Reinigungsmittel
	<b>Kommunen SK</b>	
8	Stuttgart	Kriterienliste für Reinigungsmittel

Die Tabelle 3.6 macht deutlich, dass von insgesamt acht Kommunen drei Kommunen Kriterienlisten in Form des Handbuchs umweltfreundlicher Beschaffung heranziehen. Weitere drei Kommunen geben an, Kriterienlisten im Bereich der Reinigungsmittel anzuwenden. Zwei Kommunen behelfen sich einer Kriterienliste für die ökologische Baustoffauswahl.

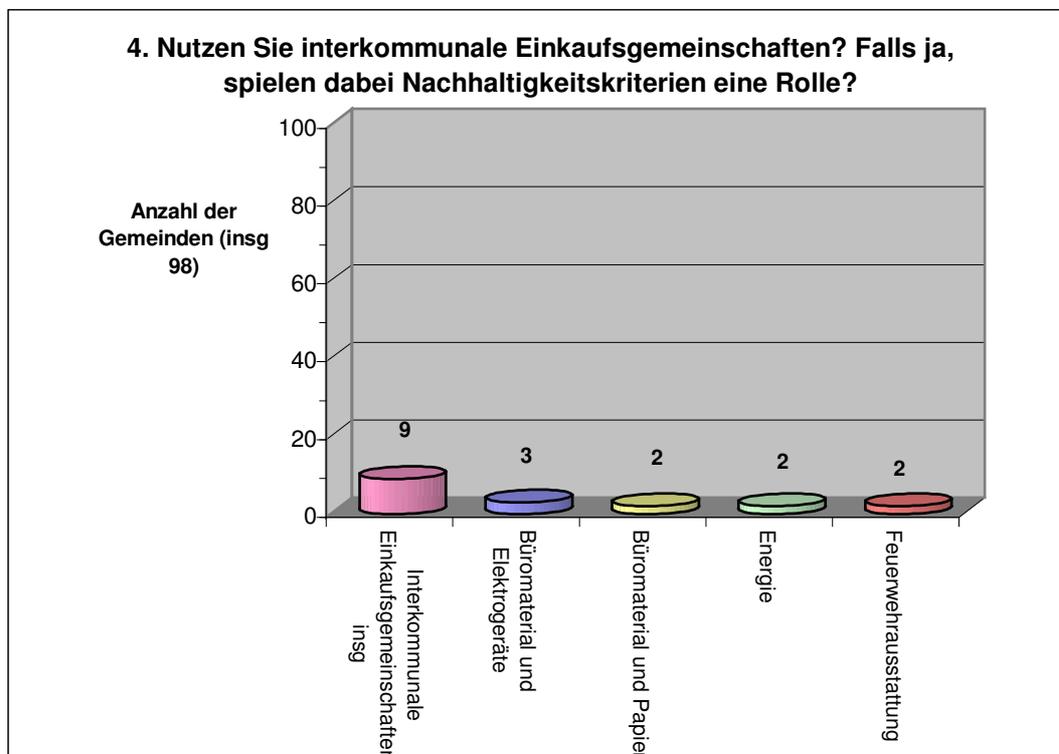
### **3.6 Frage 4: Interkommunale Einkaufsgemeinschaften**

Die interkommunale Zusammenarbeit hat in vielen Beschaffungsbereichen in den letzten Jahren einen starken Zuwachs erfahren. Durch ihre Anwendung wird ermöglicht, dass der Beschaffungsprozess optimiert und die Beschaffungsausgaben gesenkt werden können. Ganz besonders interessant werden Einkaufsgemeinschaften

bei der nachhaltigen Beschaffung. Da sie das Potential besitzen, die Nachfragemacht der Kommunen zu erhöhen, erfolgt zugleich eine Erhöhung der umweltfreundlichen Innovationen auf dem Markt. Bei kommunalen Einkaufsgemeinschaften wird es oft gehandhabt, dass sich meist zwei oder mehrere Kommunen zusammenschließen und gemeinsam eine Ausschreibung tätigen um eine bessere Verhandlungsposition bei den Anbietern zu erreichen (Barth et al., 2005 S.68 f.).

In der 4. Frage wurden die Kommunen daher gefragt, ob interkommunalen Einkaufsgemeinschaften zum Einsatz kommen und Nachhaltigkeitskriterien implementieren. Hierbei gaben neun Kommunen an, interkommunale Einkaufsgemeinschaften zu tätigen, wobei eine relative Gleichverteilung bei den einzelnen Produktgruppen festgestellt werden konnte (vgl. Abbildung 3.9).

Denn von den neun Kommunen haben bei den Produktgruppen „Büromaterial und Papier“, „Strom“ und „Feuerwehrezubehör“ immer jeweils zwei Kommunen angegeben, in diesem Bereich nachhaltig zu beschaffen. Eine interkommunale Einkaufsgemeinschaft für Büromaterial und Elektrogeräte zu bilden, wurde von drei Kommunen genannt (vgl. auch Abschnitt 4.5).



**Abbildung 3.9 Interkommunale Einkaufsgemeinschaften des nachhaltigen Beschaffungswesens in GKS und SK Baden-Württembergs**

## **4 Ausgewählte Fallbeispiele nachhaltiger Beschaffung in Kommunen Baden-Württembergs**

### **4.1 *Recyclingpapierverwendung in Stuttgart***

Fast 85 Mio. Blatt benötigen die städtischen Dienststellen und Schulen in Stuttgart jährlich. Da ist es kaum verwunderlich, dass rund 1,5 Mio. EUR im Jahr allein für die Beschaffung von Büromaterialien ausgegeben werden. Verbindliche Beschaffungsrichtlinien sowie ein standardisierter Bestellkatalog mit einer besonderen Kennzeichnung von Refill-Produkten fördern umweltverträgliche Produkte in diesem Bereich. So wird Recyclingpapier mit sogenannter 60er Weiße als Standardpapier verwendet, während Frischfaserpapier nur für repräsentative Zwecke zum Einsatz kommt. Ein wichtiger Schritt bei der Einführung von Recyclingpapier war die Begründungsklausel. Darin wird festgeschrieben, dass der Einsatz von weißem Papier schriftlich begründet werden muss. Dies bewirkte wiederum eine Halbierung von Frischfaserpapier auf die Hälfte in kürzester Zeit. Damit die Vorteile von umweltfreundlichen Büromaterialien beim Benutzer ankommen, werden Materialverantwortliche in diesem Bereich geschult und Mitarbeiter über Umweltinformationen in Kenntnis gesetzt. Die anfänglichen Probleme mit Bedrucken von Recyclingpapier, haben sich schnell verflüchtigt. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist erfreulich: Die Stadt kann durch den Bezug von Recyclingpapier an die 45.000 EUR im Jahr einsparen (Umweltministerium Baden-Württemberg, S.26f.).

### **4.2 *Umweltfreundliche Reinigung in Tübingen***

Anfang der 90er Jahre wurde mithilfe der Umweltbeauftragten und den Beschaffungsverantwortlichen ein ökologisches Reinigungskonzept erarbeitet. Dabei spielen in erster Linie allgemeine Kriterien bei der Herstellung, Beschaffung, und beim Ge- und Verbrauch eine Rolle. Ziel ist es neben der Kosteneinsparung durch Reduktion der Reinigungsmittelmenge, Gefahren für die Umwelt und menschliche Gesundheit zu reduzieren. Und das ist der Gemeinde auch gelungen. Durch die konsequente Reduzierung von Reinigungsmitteln, konnten erhebliche Kosten eingespart werden. Im Jahre 2002 wurde die „Positivliste“ für Reinigungsmittel nochmals überarbeitet, wobei Reinigungsmittel mit kritischen Inhaltsstoffen, wie

z.B. Säuren und Alkalien komplett von der Liste gestrichen wurden. Eine regelmäßige Kontrolle mit Stichproben und Checkliste sorgt für eine Einhaltung der Vorgaben sowohl für die Beschaffungsstelle, als auch für das Reinigungspersonal und externen Auftragnehmer (Umweltministerium Baden-Württemberg 2005, S.33).

### **4.3 Energiestadt Lörrach**

Die Stadt Lörrach trägt als erste deutsche Kommune seit dem Jahr 2002 das Schweizer Label „Energiestadt“. Mit der Auszeichnung verbinden sich klare Zielsetzungen in der kommunalen Energiepolitik und die Umsetzung eines verbindlichen Maßnahmenprogramms. Im Zuge der zahlreichen Aktivitäten wurden 2005 u. a. auch Energierichtlinien für alle städtischen Liegenschaften verabschiedet. Sie enthalten konkrete Vorgaben für Bauvorhaben und müssen von Architekten und Planern bereits im Vorfeld berücksichtigt werden. Neben Anforderungen zum solaren Bauen und zum zulässigen Gesamtenergiebedarf, legt man Wert auf eine eingeschränkte Auswahl von Wärmeerzeugern oder den Einsatz energieeffizienter Beleuchtungstechnik. Dadurch soll sich der Energieverbrauch in den Gebäuden bis 2014 halbieren und somit um knapp 40 % sinken. Die Energierichtlinien enthalten auch umweltbezogene Kriterien für die Beschaffung von Baustoffen: Bauholz und Holzbauteile müssen z. B. aus nachhaltiger Forstwirtschaft stammen und das FSC- oder PEFC-Siegel tragen. Darüber hinaus wird soweit möglich auf schadstoffarme Bauprodukte und lösemittelfreie Farben oder Klebstoffe nach Kriterien des Blauen Engels großen Wert gelegt.

Zur Finanzierung von Energiesparprojekten bei kommunalen Bauten hat die Stadt ein sog. Intracting-Modell eingerichtet. Dieses sieht vor, dass eingesparte Energiekosten aus bereits umgesetzten Sanierungen in neue Energieprojekte zurückfließen. Durch die gemeinsame Zusammenstellung eines Gebäudepools mit den Städten Weil am Rhein und Denzlingen sowie dem Landratsamt Lörrach konnte man außerdem die Voraussetzung für die Ausschreibung eines externen Contractings schaffen. Bei einem solchen Einsparcontracting werden die notwendigen Investitionen durch einen externen Contractor finanziert und umgesetzt. Der Contractor erhält dann über eine festgelegte Laufzeit die nachgewiesenen Einsparungen an Energiekosten und refinanziert damit seine Aufwendungen. Im Falle von Lörrach hat der mittlerweile abgeschlossene Vertrag eine Laufzeit von 18 Jahren. Er sieht für 2007 u. a. die Errichtung eines Wärmeverbunds mit

Holzackschnitzelanlage für das Schulzentrum einschließlich Hallenbad und Veranstaltungshalle vor. Insgesamt trägt das Gesamtmaßnahmenpaket zu einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von ca. 785 Tonnen pro Jahr bei. Das entspricht etwa 25 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen aller städtischen Gebäude.

Beim Einkauf des Stroms geht die Stadt einen ähnlichen Weg. Um bessere Konditionen zu erzielen, hat Lörrach zusammen mit einigen anderen Kommunen die Stromlieferung für die Jahre 2007 und 2008 gemeinsam europaweit ausgeschrieben. Ausschlaggebend für das Zustandekommen der Einkaufsgemeinschaft waren ähnliche Abnahmestrukturen. Dazu gehört insbesondere auch die Entscheidung, aus Klimaschutzgründen nur Strom aus regenerativen Energiequellen zu beziehen. Insgesamt wurde ein jährlicher Ökostrombedarf von mehr als 19 Mio. Kilowattstunden ausgeschrieben – verteilt auf drei Lose und mit einer Verlängerungsoption bis maximal fünf Jahre. In Lörrach selbst schlagen die städtischen Liegenschaften mit einem Stromverbrauch von knapp sechs Mio. kWh zu Buche, der ausschließlich über Ökostrom gedeckt wird (Energierichtlinien für Gebäude der Stadt Lörrach, 2007).

#### **4.4 Fairer Handel in Rheinstetten**

##### **FAIRkaufsführer**



Fair gehandelte und regional erzeugte Waren in Rheinstetten

Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt besitzt in Rheinstetten eine lange Tradition. Mit dem Beschluss zur Lokalen Agenda 21 im Jahre 2000 und der „Rheinstettener Erklärung“ aus dem Jahre 2002 haben sich alle öffentlichen Einrichtungen in Rheinstetten, von der Schule über Vereinen bis zu Kirchen und der Stadtverwaltung, für eine lebenswertere und gerechtere Zukunft verpflichtet. Wichtiger Bestandteil dieser

Vereinbarung ist die Verbesserung der Lebensqualität in Entwicklungsländern durch ein bewusstes Einkaufsverhalten. Dabei wurde festgelegt, dass vor allem solche Produkte aus fairem Handel bezogen werden müssen, die generell oder jahreszeitlich als Importware aus Entwicklungsländern kommen. Beispiele hierfür wären Kaffee, Tee, kakaohaltige Lebensmittel, Schnittblumen und Sportbälle mit gesetzlich anerkanntem „TransFair-Siegel“ oder das „Flower-Label-Programm“ für

Schnittblumen. Ebenfalls aus Fairem Handel stammend wird neben Veranstaltungen zum nachhaltigen Konsum in Kindergärten und sonstigen öffentlichen Einrichtungen ein FAIRkaufsführer angeboten und öffentlich für faire Produkte auf Plakaten und Zeitungen geworben.

Dass diese Aktion auf zunehmende positive Resonanz stößt, ist auf das „faire Engagement“ des Gemeinderates zurückzuführen. Denn neben Dienstanweisungen wird die Aufforderung zum Fairen Handel begleitet von hausinternen Verkostigungsaktionen und finanziellen Bezuschussungen Einer-Welt-Aktivitäten wie z. B. die „Faire Woche“ jedes Jahr im September. Da ist es kaum verwunderlich, dass Rheinstetten beim bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“ zum zweiten Mal eine Auszeichnung entgegen nehmen durfte (Umweltministerium Baden-Württemberg 2006, S.40 f. & Agendabüro LUBW 2007d).

#### **4.5 Interkommunale Einkaufsgemeinschaft mit Tübingen**

Seit Ende des Jahres 2006 besitzt Tübingen zusammen mit der Nachbarstädten Reutlingen, Rottenburg, Metzingen und der Diözese Rottenburg-Stuttgart eine interkommunale Einkaufsgemeinschaft in den Produktgruppen Büromaterial und Papier sowie Elektrogeräte. So wurden erst seit einiger Zeit ca. 200 Kopierer nach den Vergabegrundlagen des Blauen Engels ausgeschrieben. Die Resonanz war positiv: Neben dem umweltorientierten Effekt durch Vermeidung von Anfahrtswegen, konnte Tübingen zusätzlich rund 10.000 Euro einsparen (Umweltministerium Baden-Württemberg, 2006 S.27).

## **5 Diskussion**

### **5.1 Rücklaufquote von knapp 33 %**

Die Rücklaufquote von 32,65 %, wie sie aus der Tabelle 3.1 ersichtlich wird, vertritt ein Drittel der Kommunen ab 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg. Für die SK ab 100.000 Einwohner konnte sogar eine Rücklaufquote von knapp 67 % erzielt werden, weshalb eine gewisse Repräsentativität für die aktuelle Umsetzung nachhaltiger Beschaffung in GKS und SK Baden-Württembergs gegeben ist. Vergleichend mit anderen Studien in diesem Bereich liegt die Rücklaufquote im

normalen Bereich. Wieso jedoch die Rücklaufquote insgesamt nicht größer ausgefallen ist, könnte an folgenden Gründen liegen:

Ein möglicher Grund ist die zunehmende Dezentralisierung der Beschaffung. Nach Angaben der OECD deuten die vermehrte Verwendung von Kreditkarten und die Privatisierung von Beschaffungsstellen immer mehr auf eine Zunahme von dezentralen Beschaffungsstrukturen hin. In immer kleineren Aufträgen sind immer mehr Leute involviert, was immer mehr der Ausgangslage eines privaten Konsumenten entspricht, der sich zwischen einer großen Auswahl von Produkten entscheiden muss, wobei eines umweltfreundlicher als das andere sein könnte. Dabei wird die Weitergabe von Information über die Umweltfreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen erschwert oder Informationen sogar doppelt beschafft (OECD 2000, S.16). In Anlehnung an diese Entwicklung wurde daher angenommen, dass dezentrale Beschaffungsstrukturen das Weiterleiten des Fragebogens in die einzelnen Beschaffungsbereiche einer Kommune erschwerte. Das bedeutet, dass die Agenda-Beauftragten, an die sich die Umfrage richtete, oft keinen Überblick über den Beschaffungsprozess innerhalb der Kommune hatten bzw. es einen zu großen Aufwand darstellte, herauszufinden, wer auf welchem Gebiet etwas nachhaltig beschafft und daher auf die Weiterleitung der Umfrage komplett verzichtet wurde. Diese Annahme wurde zum Teil durch Telefongespräche mit den Agenda-Beauftragten bestätigt.

Ein weiterer Grund, wieso die Rücklaufquote nicht höher ausgefallen ist, ergibt sich aus der Konsequenz dezentraler Beschaffungsstrukturen. So wird angenommen, dass die Fragebögen von den Agenda-Beauftragten zwar weitergeleitet wurden, aber in den einzelnen Beschaffungsstellen letztendlich „versickerten“, weil beim Ausfüllen des Fragebogens zu viele Mitarbeiter miteinbezogen hätten werden müssen und der Zeitaufwand dafür zu groß war.

Vergleichend mit Tabelle 3.1 & Tabelle 3.2 konnte die Einwohnergruppe E die größte Rücklaufquote von 66,67 % verzeichnen und vertritt die Einwohnergruppe mit dem zweitgrößten Anteil an verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung (33,33 %). Eine mögliche Erklärung liegt wohl in der Einwohnergröße der Stadt. Bei Stadtkreisen handelt es sich meist um einen größeren Beschaffungsapparat mit einer größeren Anzahl an verbindlichen Vorgaben und einer größeren Beteiligung von Verwaltungsangestellten an einzelnen Beschaffungsprozessen.

Allerdings muss angemerkt werden, dass die Tabelle 3.2 keinen Zusammenhang zwischen der Zunahme von verbindlichen Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung in Abhängigkeit von der Einwohnergröße erkennen lässt.

## **5.2 Zu den Produktgruppen einer nachhaltigen Beschaffung**

Das Ergebnis der Befragung zeigt eine relativ gleichmäßige Anwendung der nachhaltigen Beschaffung in den acht vorgegebenen Produktgruppen, wobei die Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ von den Kommunen nach wie vor am häufigsten angewendet werden (22 von 25 Kommunen) und somit immer noch als Klassiker einer nachhaltigen Beschaffung zu verstehen ist (vgl. Abbildung 3.1). Auch die Produktgruppe „elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“ nahm mit 17 Kommunen eine führende Stellung ein. Dies ist jedoch kaum verwunderlich, da es sich bei diesen beiden Bereichen um die relevantesten Produktgruppen einer öffentlichen Verwaltung handelt.

Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, dass zunehmend auch andere Produktgruppen wie z. B. „Bauen und Gebäudetechnik“, „Mobilität und Fuhrpark“, „Strom“ etc. in den nachhaltigen, öffentlichen Beschaffungsprozess miteinbezogen werden. Dabei ist jede Produktgruppe jeweils immer mit mindestens zehn Kommunen vertreten (vgl. Abbildung 3.1). Dieses Ergebnis könnte vermuten lassen, dass der Erfahrungsaustausch, das Know-How und die Ausformulierung konkreter Umweltkriterien in diesen Bereichen zugenommen hat, und bewirkt, dass sich Kommunen mehr und mehr an andere Themen der nachhaltigen Beschaffung heran wagen.

### **5.2.1 Der Blaue Engel - der „Engel“ unter den Büromaterialien**

Wie aus der Abbildung 3.2 ersichtlich wird, beschaffen 88 % der Kommunen, die angegeben hatten, in der Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ nachhaltig zu beschaffen, Recyclingpapier nach Kriterien des Blauen Engels. In Ergänzung dazu wird von den meisten Kommunen beachtet, dass Refill-Produkte in Form von wiederbefüllbaren Tonerpatronen neben oder zusätzlich zu Originalprodukten zum Einsatz kommen. Ein möglicher Grund dafür, dass viele Kommunen gerade das Label des Blauen Engels bei der Beschaffung von Büromaterialien auswählen,

könnte in den Empfehlungen der Handbücher und Internetportalen zur nachhaltigen Beschaffung liegen. So appellierte selbst das Umweltbundesamt und der Bundesverband der Verbraucherzentralen, Recyclingpapier des Blauen Engels zu verwenden, da es das einzige Label ist, das den Einsatz gefährlicher Chemikalien und optischer Aufheller verbietet (Ökoblog, 27.03.2007).

Wichtig für die Einhaltung der Verwendung von nachhaltigen Büromaterialien ist die Sensibilisierung der Mitarbeiter durch Schulungen, Austausch und Rundbriefen sowie verbindlichen Vorgaben wie z. B. die Einführung einer Begründungsklausel und Leitlinien, wie das Beispiel von Stuttgart in Abschnitt 4.1 bereits gezeigt hat. In diesem Fall muss die Anforderung von weißem Papier erst einmal schriftlich begründet werden, was in Stuttgart den erfreulichen Effekt hatte, dass an die 45.000 EUR im Jahr eingespart werden konnte.

## **5.2.2 Energieeffizienz bei elektrischen Büro- und Haushaltsgeräten**

Auch bei der Produktgruppe „Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“ kommen bei den Kommunen nachhaltige Kriterien zum Einsatz. Dabei hat sich gezeigt, dass die Energieeffizienz, wie auch bei einigen anderen Produktgruppen, als wichtigstes Kriterium herangezogen wird. Von der finanziell angespannten Haushaltslage der öffentlichen Verwaltungen veranlasst, schreiben immer mehr Kommunen energieeffiziente Geräte aus, da dadurch der finanzielle Einspareffekt am größten ist. Vor allem elektrische Bürogeräte wie z. B. Drucker, Computer oder Scanner werden von einem Großteil der Kommunen nach den Kriterien des Blauen Engels beschafft (vgl. Abbildung 3.3). Dieses Label garantiert die Berücksichtigung von Kriterien der Energieeinsparung, Ressourcenschonung sowie der Abfallvermeidung, -verringern und -verwertung (Barth et al. 2005, S.76).

Leider konnte aufgrund der offenen Befragung nicht herausgefunden werden, ob auch andere Umweltkriterien wie z. B. die Verwendung von anderen Öko-Labels oder Energie- und Verpackungskriterien beim Kauf berücksichtigt werden. Zwar gaben fünf Kommunen an, allgemein „energiesparende Geräte“ zu verwenden, jedoch wurde hierzu kein Label genannt.

### **5.2.3 Energieeffiziente Technik beim Bauen**

Tabelle 3.4 zeigt einen klaren Trend zur energieeffizienten Technik in der Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“. Dabei kommen bei zehn Kommunen u.a. Bewegungsmelder, Gebäudeleittechnik, Natriumdampf-Straßenlaternen, Kraft-Wärme-Kopplung bzw. BHKW zum Einsatz. Diese sind fast immer wirtschaftlich und zeigen eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten, Energie effizient zu nutzen. In Verbindung mit den regenerativen Energieträger bilden sie die perfekte Ergänzung. Für den Bereich der ökologische Baustoffe gibt es ebenfalls viele Einsatzmöglichkeiten, weshalb die meisten Kommunen eher darauf verzichtet haben, genaue Angaben zu den Materialien zu machen.

Der Verzicht von Tropenhölzern ohne Zertifikat wird bei den meisten Kommunen im Rahmen der ILO-Konvention Nr.128 berücksichtigt, die sich u. a. ausdrücklich gegen die Verwendung von Tropenholz ohne Zertifikat ausspricht.

In Zeiten knapper Kassen hat sich gezeigt, dass auch zunehmend das Contracting-Modell für Kommunen attraktiv wird. Doch trotz möglicher Einsparungen im Bereich Wasser, Heizenergie und Strom, sind es noch relativ wenig Kommunen, die sich an dieses Finanzierungsmodell herangewagt haben. Um diesem entgegenzuwirken, hat die Deutsche Energie-Agentur (DNA) eine „Contractingoffensive“ gestartet, die eine Marktentwicklung für Contracting in öffentlichen Liegenschaften beschleunigen soll. Dies soll ermöglicht werden durch eine Vereinfachung und Standardisierung von Ausschreibungen sowie Bereitstellung von Leitfäden mit Musterverträgen und Ausschreibungstexten (Umweltministerium Baden-Württemberg, 2006 S.29).

Insgesamt muss erwähnt werden, dass im Baubereich ein enormes Energie-Einsparpotential steckt, bei der die dafür benötigte Technik den Kommunen schon lange zur Verfügung steht und daher immer weiter ausgebaut werden muss.

Trotz Komplexität des Themas konnten die von den Kommunen aufgeführten Beispiele der Produktgruppe „Bauen und Gebäudetechnik“ einen kleinen Ausschnitt aus der Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten für Kommunen in diesem Bereich wiedergeben.

### **5.2.4 Energie durch Ökostrom**

Alle Kommunen, die angegeben hatten, in diesem Bereich nachhaltige Beschaffungskriterien anzuwenden, beziehen Ökostrom aus erneuerbaren Energien

von externen Anbietern. Diese Entwicklung ist wünschenswert, denn bei der Förderung der Abnahme von Ökostrom hat die öffentliche Hand eine wichtige Vorbildfunktion für die Verbraucher und privaten Unternehmen. Denn trotz zunehmender Liberalisierung des Marktes für Stromanbieter, mangelt es vielen Verbrauchern und Unternehmen an dem Bewusstsein, den Stromanbieter selbst zu wählen und Ökostrom zu beziehen. Zudem könnten Kommunen den entscheidenden Schritt wagen, einen Zertifizierungsstandard bei den Anbietern des Ökostroms zu schaffen um damit eine Nachfrage in diesem Bereich aufgrund der zunehmenden Glaubwürdigkeit zu erhöhen (Barth et al 2005, S.383).

Forschungsergebnisse aus Studien zur umweltfreundlichen Beschaffung haben ergeben, dass die Umstellung des Durchschnittsstroms auf grünen Strom in deutschen Verwaltungen, Umweltentlastungen von mehr als 23 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten mit sich bringen würde und die Umstellung der Bauweise auf Passivhäuser weitere 15 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Zusammen mit dem grünen Strom würde dies 15 % der deutschen Kyoto-Verpflichtungen entsprechen (Barth et al. 2005, S.379).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse für die Produktgruppen „Bauen und Gebäudetechnik“ sowie „Strom“ enttäuschend ausfielen. So fehlt es den meisten Kommunen an einem ganzheitlichen Energiekonzept wie es beispielsweise bei der Stadt Lörrach schon seit 2002 Anwendung findet. Wie bereits im Abschnitt 4.3 erwähnt, ist Lörrach die erste Energiestadt Deutschlands, die klare Zielsetzungen in der kommunalen Energiepolitik verfasst hat und mittels eines verbindlichen Maßnahmenkataloges umzusetzen versucht. Zuständig für diese Aktivitäten ist nicht die Beschaffungsstelle, sondern das Energiemanagement innerhalb der Verwaltung. Besonders hervorzuheben ist, dass die Energierichtlinien nicht nur für einen kleinen Teil der öffentlichen Verwaltungen, sondern eben für alle städtischen Liegenschaften verabschiedet wurden. Neben weiteren Kriterien enthalten sie auch umweltbezogene Kriterien für die Beschaffung von Baustoffen.

### **5.2.5 Mindeststandard umweltfreundlicher Reinigung**

Bei der Produktgruppe „Reinigung“ wird von allen Kommunen, die angegeben hatten, in diesem Bereich nachhaltige Kriterien anzuwenden, auf einen Mindeststandard umweltfreundlicher Reinigung durch Vorgaben von

umweltschonenden Reinigungsmitteln bei Reinigungsverträgen geachtet (vgl. Abbildung 3.5). Vorbildlich ist, dass immerhin drei Kommunen angegeben hatten, zusätzlich Checklisten im Rahmen eines ausformulierten Reinigungsmittelkonzeptes für umweltfreundliche Reinigungsmittel zu erstellen (Donaueschingen, Tübingen, Stuttgart). Gerade solche Konzepte können den konsequenten Einsatz umweltschonender Mittel verbindlicher regeln, wie das Beispiel Tübingen zeigt (vgl. Abschnitt 4.5). Auch die Schulung des Reinigungspersonals, Überprüfung der Reinigungsmethode, Reinigungshäufigkeit und Dosierung sind Möglichkeiten und sollten im Bereich der umweltfreundlichen Reinigung nicht fehlen.

Setzen Kommunen bei der Ausschreibung von Reinigungsmitteln nicht selbst auf einen höheren Standard, so könnten beispielsweise Impulse von den Herstellern von Reinigungsmitteln selbst ausgehen, die sich an die Reinigungsfirmen richten.

## **5.2.6 Faire und regionale Lebensmittel auf dem Vormarsch**

Obwohl die Produktgruppe der Lebensmittel im Verhältnis zu den anderen Produktgruppen in der Unterzahl vertreten war (insgesamt 10 Kommunen), zeigt sich, dass zumindest Lebensmittel aus der Region, ökologischer Anbau und fairer Handel nicht nur beim privaten Einkäufer, sondern auch in kommunalen Einrichtungen Baden-Württembergs immer mehr gefragt sind (vgl. Abbildung 3.6). Im Bereich des regionalen Anbaus wurde von einigen Kommunen der Bezug von Wein und Streuobstapfelsäfte genannt. Eine Verbindung zwischen Lebensmitteln aus der Region und ökologischen Anbau sieht die Kommune Konstanz in dem Angebot von regionalen Lebensmitteln in Kantinen oder Kindertagesstätten. Dabei schreibt das Leistungsverzeichnis vor, dass 50 % aus der Region und zehn % aus ökologischem Anbau stammen soll.

Durch die Verknüpfung von fairem Handel und lokaler Agenda wurde in den vergangenen Jahren versucht, durch Einbeziehen der Kommunen als Vorbild bzw. Akteur, eine verbesserte Verbreitung von fairgehandelten Lebensmitteln zu erzielen. Dabei bildet seit einigen Jahren das Angebot von fairem Agenda-Kaffees einer der Schwerpunkte des kommunalen fairen Handels in Baden-Württemberg. Eigene Agenda-Kaffees mit Lokalbezug wie z.B. der Kaffee „Frederico“ aus Friedrichshafen oder der „Storchenkaffee“ in Rheinstetten haben bewirkt, dass mit Hilfe lokaler Agenda und kommunaler Verwaltung der Absatz von fair gehandelten Produkten

deutlich gesteigert werden konnte (Portal Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, 03.07.07).

Wie bereits in Abschnitt 4.4 erörtert, stellt die Stadt Rheinstetten mit ihrem Beschluss zur Lokalen Agenda 21 im Jahre 2000 und der „Rheinstettener Erklärung“ aus dem Jahre 2002 eine vorbildhafte faire Kommune dar. Der Erfolg ist untermauert von einer starken Öffentlichkeitsarbeit der Stadt mit überzeugter Unterstützung des Bürgermeisters Dietz (Dienstweisung faire Beschaffung) sowie den Agenda-Arbeitskreis „EINE-WELT“. Um eine ständige Einhaltung der Rheinstettener Erklärung durch gesellschaftliche Gruppen und Bürgern zu gewährleisten, finden in regelmäßigen Abständen Aktionen zur Förderung des öffentlichen Handels statt.

Wieso jedoch viele Kommunen den ersten Schritt in eine fairere Verwaltung noch nicht gewagt haben, könnte neben den zusätzlich aufkommenden Mehrkosten an der Informationsbeschaffung und den Kriterien der fairen Produkte liegen. Denn eine Überprüfung von Firmen ohne Siegel kann durch die Vergabestellen nicht gewährleistet werden. Nur im Einzelfall werden falsche Angaben durch internationale Menschenrechtsorganisationen aufgedeckt und an die Öffentlichkeit weitergeleitet. Vergabestellen werden daher aufgerufen, sich regelmäßig über den aktuellen Stand der Entwicklung zum Thema „Verhaltenskodex von Firmen im Bereich ausbeuterischer Kinderarbeit“ zu informieren (Agendabüro LUBW, 2007d).

Ein weiteres Problem, dass erfahrungsgemäß mit dem Handel von fairen Blumen auftritt, ist die „Überschwemmung“ von Labels und Kennzeichen mit weniger anspruchsvollen oder sogar unzureichenden Anforderungen. Dies verursacht eine Verwirrung unter den Verbrauchern. Allerdings kann auch hierbei Abhilfe geschaffen werden durch das Portal der Verbraucherzentrale, die aktuelle Informationen zu den einzelnen Labels ausstellt (Agendabüro LUBW, 2007b).

Häufigster Kritikpunkt am fairen Handel ist jedoch, dass der Verbraucher schwer nachvollziehen kann, wer in der Wertschöpfungskette welchen Anteil an den Mehrerlösen enthält. D.h., dass der Käufer eines fairen Produktes durch den Erwerb dieser Produkte der zertifizierten Organisation vertrauen muss, dass die Produzenten in einem nicht bekannten Umfang adäquat unterstützt werden (Wikipedia, 09.06.07).

### **5.2.7 ÖPNV ist eine gute Sache**

...das dachte sich der Großteil der Kommunen, die in diesem Bereich nachhaltige Beschaffungsmaßnahmen ergreifen, und verstärkten die Einbeziehung von Bus und Bahn durch Job-Tickets und Richtlinien zu Dienstreisen (vgl. Abbildung 3.6). Nicht zuletzt könnte diese Entwicklung erklärt werden durch das vermehrte Verkehrs- und Stauaufkommen seit der EU-Osterweiterung.

Ebenfalls zum Einsatz kommen alternative Antriebe und Treibstoffe. Dabei wurden von den Kommunen vor allem Erdgasfahrzeuge angegeben. Als technologisch ausgereift, bietet es immer mehr Autofahrern eine wirtschaftliche Alternative.

Auch das Konzept des CarSharings ist aufgrund seiner umweltfreundlichen Innovation und Rentabilität bei den Kommunen immer mehr gefragt.

Die Berücksichtigung des Einbaus von umweltfreundlichen Autozubehör wie z.B. PCB-freies Motoröl ist bei den meisten Kommunen noch wenig verbreitet. Auch hier könnten eventuell Öko-Labels eine vermehrte Transparenz schaffen.

### **5.2.8 Wenig Erfahrung bei fairer Bekleidung und Textilien**

Obwohl immerhin zwölf Kommunen dem Aufruf von München gefolgt ist und somit den Bezug von faire Bekleidung und Textilien unter Ausschluss von Kinderarbeit nach der ILO-Konvention Nr. 182 bestätigen konnten, ist ihr Anteil im Verhältnis zu den anderen Produktgruppen gering. Neben Mehrkosten für Kommunen könnten weitere Gründe in den fehlenden Erfahrungen und Kommunikation sowie verbindlichen Vorgaben liegen. So werden beispielsweise Sportartikel oft nicht über eine zentrale Stelle beschafft, sondern über Sportverbände oder Schulen. Dies hat zur Folge, dass die Einhaltung des Bezugs von fairen Produkten in diesem Bereich sich als relativ schwierig erweist. Ein weiteres Problem sehen Verbände und Schulen in der Qualität von Sportartikeln. So wurde des öfteren die Qualität von Fußbällen bemängelt. Doch gerade die Diskussion um Corporate Responsibility in Unternehmen zeigt auf, wie wichtig es ist, soziale Standards in allen Bereichen einer öffentlichen Beschaffung zu etablieren. Nicht umsonst werden Stimmen immer lauter, Umweltmanagementsysteme auf Nachhaltigkeitsmanagementsysteme auszudehnen. Auch hier sollte den Kommunen eine gewisse Vorbildrolle anhaften um weitere Unternehmungen in diesem Bereich voranzutreiben.

### **5.3 Verbindliche Vorgaben**

Ein Grundsatzbeschluss auf politischer Ebene oder ein klares Bekenntnis der Verwaltungsspitze sind unverzichtbar, um die Verbindlichkeit von Vorhaben einer nachhaltigen Beschaffung im Fundament zu verankern. In der Umfrage hat sich gezeigt, dass Kommunen unterschiedliche Vorgaben in Form von Gemeinderatsbeschlüssen, Dienstanweisungen, Richtlinien sowie konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges nutzen, um das nachhaltige Beschaffungswesen in die kommunale Gesetzgebung zu verankern.

Ein Blick auf die Tabelle 3.5 macht deutlich, dass in erster Linie Gemeinderatsbeschlüsse als verbindliche Vorgabe für eine nachhaltige Beschaffung eingesetzt werden. Der Gemeinderatsbeschluss wird, wie der Name schon sagt, vom Gemeinderat beschlossen und hat verbindlichen Charakter zwischen dem Gemeinderat und den Gemeinden (Wikipedia, 06.05.2007). Nach Inkrafttreten erfolgt meist die Umsetzung des verbindlichen Arbeitsauftrages auf einer weiteren Stufe, nämlich zwischen Gemeinden und ihren Mitarbeitern durch eine Dienstanweisung. Betrachtet man die Tabelle 3.5, so wird klar, dass viele Kommunen bereits Gemeinderatsbeschlüsse nach dem Vorbild von München gegen ausbeuterische Kinderarbeit verfasst haben. Darüber hinaus wurden Gemeinderatsbeschlüsse von den Kommunen in anderen Bereich wie z.B. Fairer Handel, Job-Tickets etc. verfasst.

Anders sieht es bei den Dienstanweisungen aus. Diese werden für alle möglichen Produktgruppen eingesetzt, weshalb kein Trend für die Anwendung von Dienstleistungen in bestimmten Produktgruppen erkennbar ist. So kommen diese im Büro- und Baubereich und bei Dienstreisen genauso zum Einsatz wie bei fairem Handel und bei Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit.

Eine Richtlinie stellt eine Handlungsvorschrift mit bindendem Charakter dar, die jedoch nicht von gesetzlicher Natur ist (Wikipedia, 08.04.2007). Richtlinien finden sich ebenfalls in ganz verschiedenen Produktgruppen. So wenden Kommunen Richtlinien für Baustoffe, Energierichtlinien, Reinigungsmittel und allgemeine Richtlinien zur umweltfreundlichen Beschaffung an.

Unter konkreten Kriterienvorgaben und Sonstiges wurden alle möglichen verbindlichen Vorgaben zusammengefasst, die sich nicht in die anderen drei Obergruppen einordnen ließen. Sie enthalten u.a. Gebote, Verfügungen und Begründungsklauseln. Dabei konnte festgestellt werden, dass Kommunen sehr

unterschiedliche Konzepte ausgearbeitet haben. So besitzt eine Kommune ein ganzes Reinigungsmittelkonzept, Ravensburg hat ein Gebot des fairen Handels aufgestellt, Stuttgart versucht die Nutzung von weißen Papier durch eine Begründungsklausel zu reduzieren usw.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass ein Zusammenhang zwischen Vorgabeart und Produktgruppe bei den Gemeinderatsbeschlüssen festgestellt werden konnte. Hier kommen vor allem Gemeinderatsbeschlüsse gegen ausbeuterischer Kinderarbeit (Produktgruppe „Bekleidung und Textilien“) bevorzugt zum Einsatz. Bei den Dienstanweisungen, Richtlinien und konkreten Kriterienvorgaben konnte dagegen kein eindeutiger Trend zwischen Vorgabeart und Produktgruppe festgestellt werden. Zudem wird aus der Tabelle nicht eindeutig ersichtlich, welche Vorgabeart Kommunen bevorzugt wählen, um nachhaltige Beschaffungskriterien gesetzlich zu verankern.

#### **5.4 Kriterienlisten**

Eine in vielen Kommunen verwendete Kriterienliste stellt das Handbuch zur umweltfreundlichen Beschaffung des Umweltbundesamtes dar. Obwohl es seit 1999 nicht mehr aktualisiert wurde, gilt es als „Klassiker“ unter den Ratgebern zur nachhaltigen Beschaffung und ist daher bei den Kommunen weit verbreitet.

Wie bereits im Abschnitt 3.3.5 erwähnt, haben drei Kommunen Kriterienlisten für Reinigungsmittel erstellt. So werden Reinigungsmitteln auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft.

Das von den Kommunen genannte Beispiel des Umweltverbandes Vorarlberg in Österreich hat die Aufgabe über ein Ökobeschaffungsservice überörtliche Aufgaben seiner 96 Mitglieder zu koordinieren und sie bei Aktivitäten im Umweltbereich zu unterstützen. So hilft er bei der Bedarfsprüfung, schreibt unter ökologischen Gesichtspunkten Produkte und Dienstleistungen aus, schließt mit den Bestbiestern Rahmenverträge ab und stellt Ökoleitfäden zur Verfügung. In diesem Fall konnte eine Kommune auf den Ökoleitfaden „Bau und Büro“ des Umweltverbandes zurückgreifen (Umweltverband Vorarlberg, 2007).

## **5.5 Einsparungen durch interkommunale Einkaufsgemeinschaften**

Kommunale Beschaffer sollten regelmäßig in einem Erfahrungsaustausch zusammentreten. Dies wird teilweise durch die Bildung von Beschaffungsnetzwerken ermöglicht. Zusätzlich profitieren Kommunen durch die größere Nachfrage von günstigeren Einkaufspreisen. So haben Studien belegt, dass ca. 15 % an Beschaffungsausgaben eingespart werden könnte, wenn Kommunen sich als Einkaufsgemeinschaft zusammen tun. Doch neben dem finanziellen spielt der ökologische Aspekt ebenfalls eine bedeutende Rolle. Wie bereits in vorherigen Abschnitten erwähnt, bieten IE eine ideale Möglichkeit die Nachfrage nach umweltfreundlichen Innovationen zu erhöhen (Barth et al. 2005, S.69).

Allerdings muss erwähnt werden, dass IE nur bis zu einem bestimmten Grad am Markt geduldet werden können. Denn öffentliche Verwaltungen als solche besitzen einen erheblichen Einfluss auf den Markt und können, wenn sie in verstärktem Maße auftreten, kleinere Lieferanten vom Markt verdrängen (Barth et al. 2005, S.68).

Aus der Abbildung 3.4 wird deutlich, dass fünf von neun Kommunen im Bürobereich interkommunale Einkaufsgemeinschaften bilden („Büromaterial und Papier“ sowie „Büromaterial und Elektrogeräte“). Wie bereits das Beispiel 4.5 der Kommune Tübingen gezeigt hat, wurden in diesem Bereich die meisten Erfahrungen mit IE gemacht. Außerdem liegt in diesem Bereich ein großes Einsparpotential. Bei zwei Kommunen wurden IE im Bezug auf den Erwerb von Feuerwehrausstattung gegründet. Hier ist zu erwarten, dass der ökologische Aspekt im Gegensatz zum Finanziellen eine untergeordnete Rolle spielt. Kommunen, die angegeben hatten, IE in der Produktgruppe „Strom“ anzuwenden, gaben an, gemeinsam Ökostrom zu beschaffen oder das Finanzierungsprogramm Intracting durchzuführen.

## **5.6 Schlussfolgerung und Ausblick**

Mit der Befragung sollte ein grober Ist-Zustand bzgl. der Anwendung des nachhaltigen Beschaffungswesen in verschiedenen Produktgruppen und seinen verbindlichen Vorgaben in den Kommunen Baden-Württembergs abgefragt werden, um darauf aufbauend ein Internetportal von Best-Practice-Beispielen für den interkommunalen Erfahrungsaustausch zu erstellen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit ermöglichen einen kleinen Einblick von interessanten Aspekten in Hinblick auf die nachhaltige Beschaffungsarbeit. Zudem konnte mit Hilfe dieser Befragung eine Reihe von Dokumenten gesammelt werden, die eine umfassende Darstellung von unterschiedlichen Best-Practice-Beispielen im Internetportal der LUBW möglich machen - was ja letztendlich auch das Hauptziel dieser Befragung war.

Die Befragung zeigt weiterhin, dass GKS und SK Baden-Württembergs trotz einiger Probleme durchaus nachhaltige Kriterien in den Beschaffungsprozess miteinbeziehen. So konnten in allen acht Produktgruppen mindestens zehn Kommunen angeben, nachhaltig zu beschaffen. Daraus kann abgeleitet werden, dass die nachhaltige Beschaffung in Baden-Württemberg sich längst nicht mehr nur auf den klassischen Bereich der Büromaterialien beschränkt, sondern auch andere Produktgruppen aufgreift.

Ein Interesse in den Kommunen nachhaltig zu beschaffen, besteht also, allerdings hat sich während der Untersuchung in allen Produktgruppen gezeigt, dass bei wenigen Kommunen verbindlichen Regelungen bzw. Kontrollen vorherrschen, die eine nachhaltige Beschaffung im Fundament verankern. Kommunen, die jedoch verbindliche Regelungen für ein nachhaltiges Beschaffungswesen aufweisen, nutzen Gemeinderatsbeschlüsse, Dienstanweisungen, Richtlinien sowie konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges.

Einer der „Hauptbremsen“ sehen viele Kommunen immer noch in den zusätzlichen Kosten. Das Einbeziehen von Lebenszykluskosten oder zumindest Betriebskosten eines Produktes in die Wirtschaftlichkeitsrechnung macht jedoch schnell deutlich, dass nachhaltige Produkte auf Dauer einfach günstiger sind. So wurde bereits erkannt, dass beispielsweise energieeffiziente Bürogeräte beim Einkauf zwar etwas mehr als die Durchschnittsgeräte kosten, allerdings fallen sie durch eine entsprechende Stromersparnis während der gesamten Lebensdauer günstiger aus (vgl. Produktgruppe „Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte Abschnitt 5.2.2). Zudem hat das Beispiel Stuttgart gezeigt, dass durch den Bezug von Recyclingpapier bei größeren Abnahmemengen und der Verwendung von Refill-Produkten erhebliche Kostenvorteile entstehen. Wie bereits in den vorherigen Abschnitten anhand des Beispiels Tübingen erwähnt, können zudem weitere Kosten durch die Bildung von interkommunalen Einkaufsgemeinschaften erzielt werden.

Allerdings muss erwähnt werden, dass gewisse Mehrkosten im Bereich der Lebensmittel nicht von der Hand zuweisen sind, was sich letztendlich auch im

Ergebnis der Umfrage widerspiegelt. Jedoch können Mehrkosten durch Abnahmekooperationen mit regionalen Herstellern bzw. durch Ausschaltung von Zwischenhändlern und Speiseplanorganisation reduziert werden. Im Bereich der fairen Produkte handelt es sich meist um kleinere Posten, bei denen die finanziellen Kosten überschaubar sind. Außerdem muss, wie am Beispiel Rheinstetten aufgeführt, die dadurch gewonnene Vorbildfunktion und der Image-Gewinn einer Stadt Rechnung getragen werden (Agendabüro LUBW, 2007b).

Eine weitere Hauptschwierigkeit hat sich während der Befragung aus der mangelnden Verfügbarkeit von leicht zugänglichen und verlässlichen Informationen über Umwelteigenschaften von Produkten und Dienstleistungen ergeben, was sich auch in den Ergebnissen der sozialen Produktgruppe „Bekleidung und Textilien“ widerspiegelte. In der Tat mangelt es in Produktbereichen ohne entsprechende Kennzeichnungsstandards an umfassenden Informationen und Erfahrungen. Dabei müssen die Kommunen eigene Kriterien definieren, was wiederum viel Zeit, fachliches Know-How und Abstimmungsbedarf erfordert und vor allem für kleinere Kommunen eine große Belastung darstellt. Daher wird empfohlen, auf die Erfahrungen von Vorreitern zurückzugreifen. So hat beispielsweise Stuttgart nicht gezögert, sein Reinigungsmittelkonzept aufs Detail genau von der Stadt Graz zu übernehmen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass vor allem im Bereich des fairen Handels mehr Transparenz in Bezug auf die Labels geschaffen wird (Agendabüro LUBW, 2007b).

Andererseits zeigt sich vor allem in der Produktgruppe „Büromaterialien“ und „Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte“, dass bereits eine Vielzahl von Informationen in diesen Bereichen zur Verfügung steht. Dabei helfen in erster Linie Labels umweltfreundliche Produkte auszuwählen. Aus der Umfrage hat sich ergeben, dass Kommunen vor allem dem Öko-Label des Blauen Engels allgemeines Vertrauen schenken. Interessant wäre daher die Überlegung, das Label des Blauen Engels auf andere Produktgruppen auszubreiten, wie es das Beispiel des CarSharings bereits zeigt, um somit die Nachfrage nach nachhaltigeren Produkten weiter auszubauen (Der blaue Engel, 02.2007).

Wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines nachhaltigen Beschaffungswesens sind einfach definierte Abläufe wie z. B. die Vorgabe von konkreten Zielen mit ausgewählten Umweltkriterien. Damit geht nämlich eine Verbindlichkeit einher, die vor allem bei dezentralen Strukturen gebraucht wird (OECD 2000, S.92). Das Beispiel des Reinigungskonzeptes Tübingen mit der Vorgabe von ausgewählten

Umweltkriterien durch Checklisten für einzelne Reinigungsmitteln zeigt, wie wichtig konkrete Zielvorgaben sind.

Weiterhin konnte festgestellt werden, dass es vielen Kommunen an einem verbindlichen und ganzheitlichen Beschaffungskonzept fehlt, wie es die Ergebnisse für die Produktgruppen „Bauen“ und „Strom“ gezeigt haben. Jedoch muss angemerkt werden, dass ein allgemeiner Kriterienkatalog in diesem Bereich zu erstellen, sich wegen der Komplexität des Themas als schwierig erweist. Dennoch zeigt die Kommune Lörrach, dass ein ganzheitliches Energiekonzept mit integriertem Energiemanagement und Energierichtlinien möglich ist. Zudem können Kommunen auf folgende Grundlagen aufbauen: Gesetzliche Regelungen wie die Energieeinsparverordnung, Kriterienkataloge und Leitfäden des Umweltverbandes Vorarlberg, Festlegung von Mindestanforderungen an Gebäuden für Energieverbrauch etc. (agenda-transfer 2005, S.15).

Das Beispiel der „Rheinstettener Erklärung“ zeigt, in welchen Maße die Überzeugung von Politikern und Verbänden von einem Erfolg der nachhaltigen Beschaffung abhängt. In vielen Kommunen ist beispielsweise das Engagement aus kommunalen Strategien und Beschlüssen zurückzuführen. Sind bereits Beschlüsse zu einer umweltfreundlichen Regelung in der Vergangenheit gefasst, ist es leichter darauf aufzubauen und die Ziele weiter auszubauen (agenda-transfer 2005, S.10).

Es darf also ein Grundsatzbeschluss auf politischer Ebene (z. B. Gemeinderat) oder ein klares Bekenntnis der Verwaltungsspitze (z. B. Dienstanweisung) nicht fehlen, um ein nachhaltiges Beschaffungswesen im Fundament zu verankern. Wird darauf jedoch verzichtet, ist es schwierig die Verbreitung einer engagierten Einstellung in den verschiedenen hierarchischen Ebenen einer Organisation zu etablieren. Daher wird der Einsatz von bestimmten Kommunikationsmitteln wie z. B. Zeitung, Rundbriefe etc. erforderlich sein, sowie eine Verbesserung der Kommunikation untereinander, so dass andere Bereiche Einsicht darüber haben, welche bisherigen Verbesserungen in den anderen Bereichen einer Institution erreicht wurden. Denn dadurch werden Mitarbeiter dazu aufgerufen, motiviert an die Sache heranzugehen und dabei das Ziel nicht außer Acht zu lassen (OECD 2000, S.92). So wurde beispielsweise in Stuttgart eine Begründungsklausel eingeführt, wenn weißes Normalpapier angefordert werden soll. Dies bestätigt die Einhaltungspflicht in diesem Bereich (Agendabüro LUBW, 2007b).

Weiterhin wichtig für ein nachhaltiges Beschaffungswesens sind Schulungen der Mitarbeiter, da Informationen und Qualifizierungen wichtige Voraussetzungen für

den Erfolg sind. Den zuständigen Mitarbeiter der Beschaffung sollen die rechtlichen, finanziellen und umweltbezogenen Kenntnisse in Fortbildungen vermittelt werden. Dadurch können sie besser entscheiden, wo sie in welchen Umfang umweltbezogene Faktoren in das Beschaffungswesen mit einfließen lassen; sie können entscheiden, welches bessere Preis-Leistungsverhältnis ein Produkt hat und ob ihre Maßnahmen den umweltbezogenen Prioritäten der Gemeinde entsprechen. Zugeschnittene Schulungsmaßnahmen sind ebenfalls erfolgsversprechend. So hat Stuttgart mit dem Umweltamt mehrere Inhouse-Seminare zur nachhaltigen Beschaffung durchgeführt. Auch Konstanz profitierte von der Teilnahme des Interreg-Projektes (Agendabüro LUBW, 2007b).

Eine weitere Möglichkeit des Informationszuwachses ergibt sich aus dem Erfahrungsaustausch und der Kooperation untereinander. So ist es wichtig, von den Erfahrungen anderer Städte und Kommunen zu profitieren, wie das Beispiel des Umweltverbandes Vorarlberg aufzeigt.

Aktuelle gesetzliche Entwicklungen und politische Debatten können ebenfalls dazu beitragen, Grundsatzentscheidungen einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen. Ein Beispiel hierfür wäre der Auslöser des vermehrten Bezugs von Ökostrom durch die aktuelle Klimadebatte (Agendabüro LUBW, 2007b).

### **Ausblick**

Trotz erkennbarer Erfolge in GKS und SK Baden-Württembergs, wird die Umstellung der öffentlichen Beschaffung nach den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung noch Jahre in Anspruch nehmen. Zwar gibt es kaum ein politisches Dokument zur nachhaltigen Entwicklung, in der nicht auf die Rolle des nachhaltigen Konsums hingewiesen wird, jedoch steht die nachhaltige Beschaffung trotz ihres großen Umweltentlastungspotenzials noch am Anfang. Da es die nachhaltige Entwicklung in der kommunalen Verwaltung fördert, sollte es daher hinter anderen umweltpolitischen Instrumenten nicht zurückstehen. Zumal anhand der aufgeführten Beispiele deutlich wurde, dass das nachhaltige Beschaffungswesen ein starkes Umweltentlastungspotenzial in sich trägt (Barth et al. 2005, S.379).

Dieses Umweltentlastungspotenzial könnte jedoch noch erhöht werden durch eine neue Entwicklung im kommunalen Beschaffungsbereich: Das E-Procurement. Dabei werden Güter und Dienstleistungen per Internet beschafft, bei denen die einzelnen Ämter ihren Bedarf aus einem zentral ausgeschriebenen Katalog decken können. Die Entscheidung, welche Produkte in diesem Katalog aufgenommen werden, verbleibt

beim zentralen Einkauf. Die Bestellabwicklung selbst wird jedoch auf ein externes Dienstleistungsunternehmen übertragen. Ravensburg hat bereits positive Erfahrungen damit gemacht. Auch Stuttgart strebt an, das E-Procurement in den Beschaffungsprozess zu integrieren (Agendabüro LUBW 2007b).

In Anlehnung an diesen neuen Trend in der kommunalen Beschaffung wäre es daher ebenfalls interessant, das nachhaltige Beschaffungswesen in Baden-Württemberg in Hinblick auf die Anwendung des E-Procurement in einzelnen Kommunen näher zu untersuchen. Welche Kommunen Baden-Württembergs beschaffen bereits über das Internet? Welche Vor- und Nachteile haben sich in diesen Kommunen daraus ergeben? Wo liegen die Hemmnisse? Wie stark ist das Umweltentlastungspotenzial wirklich?

## **6 Zusammenfassung**

Ziel dieser Befragung war es einen groben Ist-Zustand in GKS und SK Baden-Württembergs bzgl. der Anwendung des nachhaltigen Beschaffungswesens auf verschiedene Produktgruppen zu erhalten. Dabei stellte das Sammeln von Musterbeispielen, verbindlichen Vorgaben und Kriterienkatalogen zur nachhaltigen Beschaffung das eigentliche Ziel dar. Denn besonders gut gelungene Beispiele von Kommunen sollen im Internetportal der LUBW veröffentlicht werden, um einen Erfahrungsaustausch in diesem Bereich voranzutreiben.

Vor diesem Hintergrund wurde der Fragebogen zusammen mit einem Informationsschreiben per E-Mail Ende Januar an die Agenda-Beauftragten von 89 GKS und neun SK zugeschickt. Insgesamt haben sich 32 Kommunen (32,65 %) an der Befragung beteiligt. Davon konnten 25 Kommunen die Anwendung nachhaltiger Beschaffungskriterien in mindestens einer der vorgegebenen Produktgruppen bestätigen und 19 Kommunen zusätzlich verbindliche Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung nachweisen. Die Ergebnisse der Anwendung nachhaltiger Beschaffungskriterien in den einzelnen Produktgruppen durch die Kommunen zeigen eine relative Gleichverteilung der acht vorgegebenen Produktgruppen, wobei die Produktgruppe „Büromaterial und Papier“ zahlenmäßig am stärksten vertreten ist. Verbindliche Vorgaben einer nachhaltigen Beschaffung erfolgen in den Kommunen durch Dienstanweisungen, Gemeinderatsbeschlüsse, Richtlinien sowie konkrete Kriterienvorgaben und Sonstiges. Dabei hat sich gezeigt, dass als verbindliche

Vorgabeart bevorzugt Gemeinderatsbeschlüsse für den Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit nach der ILO-Konvention Nr.182 eingesetzt werden.

Kriterienlisten zur nachhaltigen Beschaffung werden bei einigen Kommunen in Form des Handbuchs umweltfreundliche Beschaffung des Umweltbundesamtes sowie bei der Auswahl von Reinigungsmitteln eingesetzt. Interkommunale Einkaufsgemeinschaften werden bevorzugt im Bürobereich gebildet und haben neben dem Erfahrungsaustausch untereinander den Vorteil eines großen Einsparungseffektes.

Das Ergebnis dieser Umfrage zeigt zudem, dass in einigen Bereichen zwar nachhaltige Beschaffungskriterien Anwendung finden und sogar auf neue Produktgruppen ausgedehnt werden, jedoch meist eine verbindliche Regelung zur Verankerung der nachhaltigen Beschaffung auf kommunaler Ebene fehlt. Vor allem im Energie und Baubereich fehlen wichtige Vorgaben.

Auf der anderen Seite haben die Beispiele aufgezeigt, dass mit nachhaltiger Beschaffung Kosten eingespart, das Image einer Stadt aufgebessert und erhebliche Umweltentlastungspotenziale erreicht werden können. Der Erfolg einer nachhaltigen Beschaffung hängt von vielen Faktoren ab: Klar definierte Zielvorgaben und Umweltkriterien, Informationsaustausch durch Kommunikation und Schulung, Engagement der Verwaltungsspitzen und ein verbindlicher Grundsatzbeschluss auf politischer Ebene.

## 7 Quellenverzeichnis

### Literatur:

AGENDABÜRO LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ (2007a): Materialien zur Veranstaltung „Schritte zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement“ Rathaus Stuttgart am 17. April 2007. Dokumentation der Arbeitsgruppe 3: „Nachhaltigkeits-Checks für Gemeindevorhaben und Gemeinderatsvorlagen“, Karlsruhe

AGENDABÜRO LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ (2007b): Materialien zur Veranstaltung „Schritte zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement“ im Rathaus Stuttgart am 17. April 2007. Zusammenfassung Workshop 2: „Ökologische und faire Beschaffung in der Verwaltung“, Karlsruhe

AGENDABÜRO LUBW – LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ (2007d): Materialien zur Veranstaltung „Schritte zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement“ Rathaus Stuttgart am 17. April 2007. „Beispiele fairer Beschaffung in Kommunen“, Karlsruhe

AGENDA-TRANSFER – AGENTUR FÜR NACHHALTIGKEIT (2005): Fachgespräch – Kommunalen Textileinkauf unter Berücksichtigung von Sozialstandards. Deepblue Communication & Design, Bonn

AGENDA-TRANSFER – AGENTUR FÜR NACHHALTIGKEIT (2007): Vorteile überzeugen – Nachhaltige Beschaffung in der kommunalen Praxis. Druckerei Backhaus, Wuppertal

ARNOLD U. (1997): Beschaffungsmanagement. 2. Auflage. Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart

BARTH R., ERDMENGER C., GÜNTHER E. (2005): Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung. Innovationspotenziale, Hemmnisse, Strategien. 1. Auflage. Physica-Verlag, Heidelberg.

BAYRISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2006): Umweltschutz in Behörden. Ratgeber zur Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten in Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen. Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, Andechs

ENERGIERICHTLINIEN FÜR GEBÄUDE DER STADT LÖRRACH (2007): Dienstanweisung Energie Teil C. Leitfaden der Stadt Lörrach für die energetischen Anforderungen im Bestand sowie bei Errichtung, Anschaffung, Erneuerung und Sanierung von städtischen Gebäuden, Lörrach

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005): Umweltorientierte Beschaffung. Ein Handbuch für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Belgien

FONARI A., FÜHR V., STAMM N. (2006): Kommunen und Eine Welt: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung. Digitaldruck leibi.de , Neu-Ulm

GÜNTHER E. (1994): Ökologieorientiertes Controlling. Konzeption eines Systems zur ökologischen Steuerung und empirischen Validierung, München

MATSCHKE M. J. (1996): Betriebliche Umweltwirtschaft: Eine Einführung in die betriebliche Umweltökonomie und in Probleme ihrer Handhabung in der Praxis, Herne/ Berlin

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2000): Umweltorientierte öffentliche Beschaffung - Probleme und praktische Lösungen. Übersetzt vom Bundesministerium Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin

ROTHGANG E. (1991): Umweltfreundliches Beschaffungswesen, in FIEDLER K.P. (1991): Kommunales Umweltmanagement: Handbuch für praxisorientierte Umweltpolitik und Umweltverwaltung in Städten, Kreisen und Gemeinden, Köln

UMWELTMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (2006): Mehr Umwelt fürs gleiche Geld. Anregungen und Erfolgsbeispiele für die umweltorientierte öffentliche Beschaffung. Druck und Medientechnik GmbH

UMWELTBUNDESAMT (1999): Handbuch Umweltfreundliche Beschaffung. 4.Auflage. Berlin

### **Vergleichsstudie**

GÜNTHER E., KLAUKE I., KREUTZFELDT C. (2004a): Nachhaltige Beschaffung. Herausforderungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung in der Tschechischen Republik im Zuge der EU-Osterweiterung. Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Professur für Betriebswirtschaftslehre Nr.14/2004.

<[www.hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1099921915890-1255](http://www.hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1099921915890-1255)>  
(14.05.2007)

GÜNTHER E.; KLAUKE I. (2004b): Umweltfreundliche Beschaffung in Sächsischen Kommunen – Auswertung einer Befragung. Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Professur für Betriebswirtschaftslehre Nr.82/2004

<[www.hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1080136741765-6190](http://www.hsss.slub-dresden.de/hsss/servlet/hsss.urlmapping.MappingServlet?id=1080136741765-6190)>  
(14.05.2007)

## Internet

AKTIV GEGEN KINDERARBEIT – EINE KAMPAGNE VON EARTHLINK.  
Deutsche Kreise, Städte und Gemeinden gegen Kinderarbeit (Deutschlandkarte)  
<<http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/>> (19.07.07)

BADEN-WÜRTTEMBERG INTERNATIONAL - GESELLSCHAFT FÜR  
INTERNATIONALE WIRTSCHAFTLICHE UND WISSENSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT. Baden Württemberg (Relief Karte).  
<[www.bw-invest.de/Reliefkarte\\_bw\\_medium\\_rdx\\_530x658.JPG](http://www.bw-invest.de/Reliefkarte_bw_medium_rdx_530x658.JPG)> (29.04.2007)

BMLFUW - BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,  
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (2005). Internationale Entwicklungen  
und Informationen. <[www.nachhaltigkeit.at/LA\\_21.php3?bl=4](http://www.nachhaltigkeit.at/LA_21.php3?bl=4)> (09.04.2007)

CHECK IT! – Kriterienkatalog zur Berücksichtigung des Umweltschutzes im  
Beschaffungs- und Auftragswesen (07.2001): ab Kapitel 2 „Umweltfreundliche  
Beschaffung – Warum?“.

Download „UmweltfreundlicheBeschaffung-Einfuehrung.pdf“ unter  
<[www.ifz.tugraz.at/oekoeinkauf/index.php/article/articleview/2/1/2/](http://www.ifz.tugraz.at/oekoeinkauf/index.php/article/articleview/2/1/2/)>

CLIMATE ALLIANCE – CLIMATE ALLIANCE OF EUROPEAN CITIES WITH  
INDIEGENOUS RAINFOREST PEOPLES (11.2005): Verkehr.  
<[www.klimaschutz.de/kommune/231.htm#Verkehr](http://www.klimaschutz.de/kommune/231.htm#Verkehr)> (27.04.07)

DER BLAUE ENGEL (02.2007): Grundlagen für Umweltzeichenvergabe Car  
Sharing RAL-ZU 100.  
<[www.blauer-engel.de/deutsch/produkte\\_zeichenanwender/vergabegrundlagen/ral.php?id=20](http://www.blauer-engel.de/deutsch/produkte_zeichenanwender/vergabegrundlagen/ral.php?id=20)> (11.05.07)

LEXIKON DER NACHHALTIGKEIT (16.03.2007): Kyoto-Protokoll.  
<[www.nachhaltigkeit.info/artikel/kyoto\\_protokoll\\_1108.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/kyoto_protokoll_1108.htm)> (11.05.07)

ÖKOBLOG - Plattform für nachhaltige und ökologische Entwicklung (27.03.2007):  
Mehr Klimaschutz mit Recyclingpapier.  
<[www.oekoblogger.de/?p=87](http://www.oekoblogger.de/?p=87)> (14.05.2007)

PORTAL ENTWICKLUNGSPOLITIK BADEN-WÜRTTEMBERG: Fairer  
Lebensstil <[http://www.eine-welt-bw.de/lebensstil/lebensstil\\_456.html](http://www.eine-welt-bw.de/lebensstil/lebensstil_456.html)> (03.07.07)

STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2007): Struktur-  
und Regionaldatenbank.  
<[www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/home.asp?H=BevoelkGebiet)>  
(29.04.2007)

UMWELTVERBAND VORARLBERG: Ökobeschaffungsservice.  
<[www.umweltverband.at/index.php?id=beschaffung](http://www.umweltverband.at/index.php?id=beschaffung) > (29.04.2007)

WDR.DE (21.09.2005): Lebensmittel: Fair, nah, bio – und gut?  
<[http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/wirtschaftsordnung\\_und\\_politik/fairer\\_handel/050921.jhtml](http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/wirtschaftsordnung_und_politik/fairer_handel/050921.jhtml)> (29.06.07)

WIKIPEDIA (08.04.2007): Richtlinie.  
<[www.de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie)> (29.04.2007)

WIKIPEDIA (06.05.2007): Gemeinderatsbeschluss.  
<[www.de.wikipedia.org/wiki/Gemeinderatsbeschluss](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Gemeinderatsbeschluss)> (12.05.2007)

WIKIPEDIA (09.04.2007): Liste der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg  
<[de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_St%C3%A4dte\\_und\\_Gemeinden\\_in\\_Baden-W%C3%BCrttemberg#Gro.%C3%9Fe\\_Kreisst.%C3%A4dte](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_St%C3%A4dte_und_Gemeinden_in_Baden-W%C3%BCrttemberg#Gro.%C3%9Fe_Kreisst.%C3%A4dte)> (20.05.2007)

WIKIPEDIA (09.06.2007): Fairer Handel  
<[de.wikipedia.org/wiki/Fairer\\_Handel#Grunds.%C3%A4tze](http://de.wikipedia.org/wiki/Fairer_Handel#Grunds.%C3%A4tze)> (03.07.07)

## 8 **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1.1 Nachhaltige Beschaffung als umweltpolitisches Instrument .....	6
Abbildung 1.2 Akteure umweltfreundlicher Beschaffung .....	7
Abbildung 1.3 Anteil ab Kommunen in Europa, die Umweltkriterien für mehr als 50 % ihrer Käufe anwenden .....	9
Abbildung 2.1 Baden-Württemberg mit großen Kreisstädten und Stadtkreisen.....	14
Abbildung 3.1 Produktgruppen nachhaltiger Beschaffung für GKS und SK Baden- Württemberg .....	22
Abbildung 3.2 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Büromaterial und Papier der GKS und SK Baden-Württemberg .....	23
Abbildung 3.3 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe elektrische Büro- und Haushaltsgeräte der GKS und SK Baden-Württembergs .....	24
Abbildung 3.4 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Strom der GKS und SK Baden-Württembergs .....	28
Abbildung 3.5 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Reinigung der GKS und SK Baden-Württembergs .....	29
Abbildung 3.6 Nachhaltige Beschaffung für die Produktgruppe Lebensmittel der GKS und SK Baden-Württembergs .....	31
Abbildung 3.7 Nachhaltige Beschaffung der Produktgruppe Fuhrpark und Mobilität der GKS und SK Baden-Württembergs .....	33
Abbildung 3.8 Nachhaltige Beschaffung der Produktgruppe Bekleidung- und Textilien GKS und SK Baden-Württembergs.....	35

Abbildung 3.9 Interkommunale Einkaufsgemeinschaften des nachhaltigen Beschaffungswesens in GKS und SK Baden-Württembergs .....	38
--	----

## 9 Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1 Rücklauf für die durchgeführte Befragung der Kommunen Baden-Württembergs .....	18
Tabelle 3.2 Anteil an Kommunen in Baden-Württemberg mit verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung .....	19
Tabelle 3.3 GKS und SK Baden-Württembergs mit verbindlichen Vorgaben und Produktgruppen einer nachhaltigen Beschaffung .....	20
Tabelle 3.4 Frage 1.3: Nennen Sie gegebenenfalls konkrete Beispiele für die Produktgruppe Bauen und Gebäudetechnik (*Mehrfachnennungen möglich) ..	27
Tabelle 3.5 Frage 2: Welche verbindlichen Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung kommen bei GKS und SK Baden-Württembergs zum Einsatz? .....	36
Tabelle 3.6 Frage 3: Setzen Sie spezielle Kriterienlisten oder Ähnliches zur nachhaltigen Beschaffung ein?.....	37

# 10 Anhang

## 10.1 Fragebogen

### Evaluation zum nachhaltigen Beschaffungswesen großer Kreisstädte in Baden-Württemberg

⇒ Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Bereiche an und nennen Sie gegebenenfalls konkrete Beispiele!

1. In welchen Bereichen spielen nachhaltige Beschaffungskriterien eine Rolle?

Büromaterialien und Papier (z.B. Recyclingpapier, Refill-Produkte etc.)

- Beispiele:

Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte (z.B. Kopierer mit Blauem Engel, sparsame und energiesparende Geräte)

- Beispiele:

Bauen und Gebäudetechnik (z.B. ökologische Baustoffe, Kraft-Wärmekopplung etc.)

- Beispiele:

Strom (z.B. Bezug von Ökostrom)

- Beispiele:

Reinigung (z.B. ökologische Vorgaben in Reinigungsverträgen mit Dritten)

- Beispiele:

Lebensmittel (z.B. Angebot von ökologischen, regionalen oder fairen Produkten)

- Beispiele:

Bekleidung und Textilien (z.B. Ausschluss von Kinderarbeit bei der Beschaffung, faire Bälle und Schuhe in Schulen oder Sportvereinen)

- Beispiele:

Fuhrpark und Mobilität (z.B. CarSharing, alternative Treibstoffe, öffentl. Verkehrsmittel)

- Beispiele:

2. Gibt es verbindliche Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung? Falls ja, welche Vorgaben haben Sie? (z.B. Gemeinderatsbeschlüsse, Dienstanweisungen)

ja, z.B.

nein, leider nicht.

Können Sie uns diese zur Verfügung stellen?

ja, siehe Anhang!

nein, leider nicht.

3. Setzen Sie spezielle Kriterienlisten oder Ähnliches zur umweltfreundlichen bzw. nachhaltigen Beschaffung ein? (z.B. Handbuch umweltfreundliche Beschaffung des Umweltbundesamtes, Vorlagen anderer Kommunen, Musterausschreibungen aus dem Internet)

ja, z.B.

nein, leider nicht.

4. Nutzen Sie interkommunale Einkaufsgemeinschaften? Falls ja, spielen dabei Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitskriterien eine Rolle?

ja, z.B.

nein, leider nicht

5. Kommen Nachhaltigkeitschecks oder Umweltprüflisten in der Kommune zum Einsatz, und wenn ja, wie?

ja, z.B.

nein, leider nicht.

6. Persönliche Angaben

Kommune:

Telefon:

AnsprechpartnerIn:

E-Mail:

*Herzlichen Dank!*

## 10.2 Rohdaten

Tabelle 1) Überblick Rückmeldung, verbindlicher Vorgaben, Produktgruppen, Kriterienlisten, Interkommunale Einkaufsgemeinschaften und Nachhaltigkeitsschecks (zu Frage 1 bis 5)

Nr.	Kommunen GK	Verbindliche Vorgaben				Produktgruppen													
		Gemeinderatsbeschlüsse	Dienstabweisung	Richtlinien	Konkrete Vorgaben und Sonstiges	Büromaterial und Papier	Bürohaushaltsgeräte	Bauen	Strom	Reinigung	Lebensmittel	Fuhrpark und Mobilität	Bekleidung und Textilien	Kriterienlisten	Einkaufsgemeinschaften	Interkommunale	Nachhaltigkeitscheck	Rückmeldung	
1	Aalen					x													x
2	Albstadt					x	x	x											x
3	Bretten				Energiespar-contracting	x		x	x	x		x							x
4	Crailsheim																		x
5	Donaueschingen		UVP für Bebauungspläne			x	x	x	x	x		x		x			x	x	x
6	Ehingen					x													x
7	Ettingen				Jobticket		x			x		x			x				x
8	Freudenstadt							x	x	x	x	x							x
9	Friedrichshafen	Job-Ticket	Recyclingpapier Dienstfahrten	Formaldehyd-Richtlinien bei Baustoffen		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
10	Göppingen																		x
11	Hockenheim																		x
12	Konstanz	Gegen Kinderarbeit*	Vergabe von Lieferungen und Leistungen (gegen Kinderarbeit)			x	x		x	x	x	x	x	x	x	x	x		x
13	Leinfelde-Echterdingen																		x
14	Leutkirch		Umweltfreundliche Beschaffung	Umweltfreundliche Beschaffung		x	x	x	x	x		x						x	x
15	Lörrach			Energierichtlinien für städtische Gebäude		x	x	x	x		x	x				x		x	x
16	Nürtingen	Gegen Kinderarbeit*			Öffentliche Erklärung gegen Kinderarbeit			x	x		x		x						x
17	Offenburg	Gegen Kinderarbeit*	Büromaterial			x		x			x	x	x						x

18	Ravensburg				Gebot des Fairen Handels	x	x				x		x	x	x			x
19	Rottenburg																	x
20	Reutlingen	Gegen Kinderarbeit				x	x		x	x	x		x	x	x			x
21	Rheinstetten		Kauf fairer Produkte			x	x	x	x	x	x	x	x	x	x			x
22	Schwetzingen	Keine Verwendung von Tropenholz				x	x	x				x						x
23	Singen		Beschaffung			x	x	x	x			x		x	x		x	x
24	Sinsheim					x	x		x			x		x				x
25	Tübingen	Gegen Kinderarbeit*			Reinigungsmittelkonzept	x		x	x	x			x	x	x			x
26	Weinheim				Recyclingpapierkonzept in Schulen	x												x
	<b>Kommunen SK</b>																	x
27	Baden-Baden																	x
28	Heidelberg	Fairer Handel Gegen Kinderarbeit*	Beschaffung			x	x	x	x				x				x	x
29	Heilbronn																	x
30	Mannheim				Vergabeverordnung	x	x	x		x		x		x				x
31	Ulm	Umweltaspekte Gegen Kinderarbeit*	VOL (darin Enthalten ILO Nr182 gegen Kinderarbeit)		OB-Verfügung: Mülltrennung und -Entsorgung	x	x	x					x					x
32	Stuttgart	Gegen Kinderarbeit*		Einkauf von Reinigungsmittel	1.Begründungsklausel „Recyclingpapier 2.Energiesparvertrag 3.Energieerlass 4.Beschluss des Verwaltungsausschusses „gegen Kinderarbeit“	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x			x

\* Informationen u. a. aus Unterlagen des Agendabüros der LUBW und unter [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/)

Tabelle 2) Rückmeldung

Einwohnergruppe	Gemeindeklasse	Grundgesamtheit	Anteil in %	Antworten	Anteil in %
20.000 - 39.999 (A)	GKS	59	59,18	12	20,33
40.000 – 59.999 (B)	GKS	21	22,45	11	52,38
60.000 – 79.999 (C)	GKS	4	4,08	1	25
80.000 – 99.999 (D)	GKS	5	5,1	2	40
Ab 100.000 (E)	SK	9	9,18	6	66,67
<b>Gesamt</b>		<b>98</b>	<b>100</b>	<b>32</b>	<b>32,65</b>

Tabelle 3) Verteilung verbindlicher Vorgaben auf Gemeindeklassen

Einwohnergruppe	Gemeindeklasse	Grundgesamtheit	Nachhaltige Beschaffung	Anteil in %
20.000 - 39.999 (A)	GKS	59	7	11,86
40.000 – 59.999 (B)	GKS	21	8	38,09
60.000 – 79.999 (C)	GKS	4	0	0
80.000 – 99.999 (D)	GKS	5	2	40
Ab 100.000 (E)	SK	9	4	44,44
<b>Gesamt</b>		<b>98</b>	<b>21</b>	<b>21,43</b>

Tabelle 4) Von den Kommunen genannten Beispiele der acht Produktgruppen (zu Frage 1)

Produktgruppen nachhaltiger Beschaffung*	Anzahl der Kommunen
Büromaterial insg	22
Recyclingpapier (Blauer Engel)	21
Refill-Produkte	16
Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte insg	17
Energiesparende Geräte (Blauer Engel)	12
Energiesparende Geräte	5
Bauen und Gebäudetechnik insg	16
Einsatz regenerativer Energieträger	6
Einsatz energieeffiziente Technik	10
Ökologische Baustoffe	6
Dach- und Fassadenbegrünung	2
Wärmedämmung	3

Verzicht auf PVC	2
Verzicht auf Tropenholz ohne Zertifikat	4
Contracting	2
<b>Strom insg</b>	<b>14</b>
Ökostrom	14
<b>Reinigung insg</b>	<b>12</b>
Umweltschonende Reinigungsmittel durch Vorgabe	12
Checklisten	3
<b>Lebensmittel insg</b>	<b>10</b>
Fairer Produkte	8
Produkte aus der Region	7
<b>Mobilität insg</b>	<b>15</b>
ÖPNV	11
Alternative Treibstoffe	7
CarSharing	5
Umweltverträgliche Einbauteile in Fahrzeugen	3
<b>Bekleidung- und Textilien insg</b>	<b>10</b>
Ausschluss von Kinderarbeit	9
Kleidung aus Deutschland	1

Tabelle 6) Kriterienlisten und Interkommunale Einkaufsgemeinschaft (zu Frage 3)

Nr.	Kommunen GK	Kriterienlisten	Nr.	Kommunen GK	Interkommunale Einkaufsgemeinschaft
1	Donaueschingen	- UVP-Kriterien für Reinigungsmittel - Handbuch ökologische Baustoffauswahl	1	Ettlingen	Büromaterial und Papier
2	Friedrichshafen	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung	2	Friedrichshafen	Feuerwehrezubehör
3	Ravensburg	Kriterienliste für Büro und Bau des Umweltverbandes	3	Konstanz	Büromaterial und Elektrogeräte

		Vorarlberg			
5	Singen	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung	4	Lörrach	Energie
6	Sinsheim	Handbuch umweltfreundliche Beschaffung	5	Ravensburg	Feuerwehrausstattung
7	Tübingen	Kriterienliste Reinigungsmittel	6	Reutlingen	Büromaterial und Elektrogeräte
	<b>Kommunen SK</b>		7	Rheinstetten	Energie
8	Stuttgart	Kriterienliste für Reinigungsmittel	8	Singen	Büromaterial und Papier
			9	Tübingen	Büromaterial und Elektrogeräte

Kontaktdaten:

**Verfasserin:** Nicole Seidl, Studentin der Dipl. Umweltwissenschaften  
(E-Mail: [seidnicole@hotmail.com](mailto:seidnicole@hotmail.com))

**Agendabüro der LUBW:** Gerd Oelsner & Daniel Hogenmüller  
(E-Mail: [gerd.oelsner@lubw.bwl.de](mailto:gerd.oelsner@lubw.bwl.de), [daniel.hogenmueller@lubw.bwl.de](mailto:daniel.hogenmueller@lubw.bwl.de))